

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Gerhard Zwoch

Theodor Fontane als Zeit-
und Gesellschaftskritiker

Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze

Die Bundestagswahl 1969 in
wahlstatistischer Perspektive

B 51-52/69
20. Dezember 1969

Gerhard Zwoch, Dr. phil., geboren am 26. September 1919 in Leipzig. Studium der Geschichte, Germanistik, Philosophie und Pädagogik. Leiter der Bibliothek des Deutschen Bundestages.

Veröffentlichungen: Die Erfüllungs- und Verständigungspolitik der Weimarer Republik und die deutsche öffentliche Meinung, Kiel 1951; Gustav-Stresemann-Bibliographie, Düsseldorf 1953; Der Große Weg — Europa vom Zerfall zur Integration, Bad Reichenhall 1964; Die umstrittene Tradition. Parlamentarische Demokratie in Deutschland 1848—1933, in: Der Deutsche Bundestag, Bonn 1969, S. 9—18; Politik und Programme der demokratischen Parteien 1919—1969, in: Rheinischer Merkur v. 21. u. 28. Februar 1969; Die Große Koalition in der Weimarer Republik, in: Die Große Koalition 1966—1969. Eine kritische Bestandsaufnahme, Freudenstadt 1969, S. 169—175.

Filme: Die Sitzung ist geschlossen, 1962; Friedrich Ebert, 1962; Die Weimarer Republik, Teil I bis III, 1963/64; Dem Deutschen Volke, 1966.

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,29 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Dieter Nohlen, Dr. phil., geb. am 6. November 1939; Studium der Politischen Wissenschaft und Geschichte, Promotion in Heidelberg mit einer Arbeit über den Spanischen Parlamentarismus im 19. Jahrhundert, die in Kürze unter dem Titel „Spanischer Parlamentarismus im 19. Jahrhundert, «Régimen parlamentario» und parlamentarische Regierung“ erscheinen wird. Gegenwärtig am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg Leiter des Forschungsprojektes „Die Wahl der Parlamente“.

Veröffentlichungen: Parlamentarismus in Spanien 1833—1837. Modellvorstellungen parlamentarischer Regierung und Verfassungspraxis um die Zeit des «Estatuto Real», in: PVS 9. Jg. (1968), S. 544 ff., sowie zahlreiche Beiträge zur Wahlforschung, vor allem innerhalb des ersten Bandes, Europa, von „Die Wahl der Parlamente“.

Rainer-Olaf Schultze, geb. am 6. Oktober 1945, Doktorand am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsprojekt „Die Wahl der Parlamente“.

Veröffentlichungen: Innerhalb des ersten Bandes von „Die Wahl der Parlamente“ die Länderbeiträge „Bulgarien“ und „Tschechoslowakei“ sowie in Ko-Autorschaft mit Bernhard Vogel den Länderbeitrag „Deutschland“.

Theodor Fontane als Zeit- und Gesellschaftskritiker

Ein Beitrag zu seinem 150. Geburtstag am 30. Dezember

Der frühere Göttinger Ordinarius für Neuere Geschichte, Professor Siegfried Kaehler, pflegte seinen Studenten, wenn diese sich für sein Seminar über die Bismarck-Zeit und das Wilhelminische Deutschland anmeldeten, den Rat zu geben: „Lesen Sie Fontane.“ — Er meinte damit jenen Fontane, der vornehmlich in den letzten beiden Jahrzehnten seines Lebens — er starb gleich Bismarck im Jahre 1898 — zu einem der schärfsten Kritiker deutscher Zustände geworden war.

Diese Zeit- und Gesellschaftskritik steht hinter allen Romanen des erst spät zu schriftstellerischer Reife und drängender Schaffensintensität gelangenden Fontane. Noch unverhüllter indessen als im Romancier tritt uns diese Kritik im Briefschreiber Fontane entgegen; und der zeitkritische Briefschreiber wiederum nirgends so klar und geschlossen wie in den im Jahre 1954 veröffentlichten „Briefen an Georg Friedländer“. Diese Briefe, im Aussiedlungsgepäck der Tochter Friedländers — eines mit Fontane befreundeten schlesischen Amtsgerichtsrats — in den Westen gelangt, waren mit ein Anstoß für eine neue Ära der Fontane-Forschung nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie stellen nicht nur für den Fontane-Forscher, sondern auch für den Neuhistoriker eine erstrangige Quelle dar und übertreffen an Aussagewert wahrlich manches mehrbändige Werk der kleindeutschen Geschichtsschreibung; indem sie die Staats- und Hofhistoriographie der Generation eines Heinrich von Sybel und Heinrich von Treitschke auf das ihnen zukommende Maß relativieren. Dagegen erweisen sich diese Briefe Fontanes nach über siebenzig Jahren mit ihrer Kritik am Bismarck-Reich und am Wilhelminischen Deutschland, mit der Aufdeckung der Gefährdung jener vermeintlich „großen, herrlichen Zeit“ als geniale Prophetie.

Eine literarische Renaissance

Fontane im Literaturgeschäft unserer Tage: Die Zahl der Einzelausgaben seiner Romane, seiner Briefbände, seiner autobiographischen Schriften — einschließlich der Taschenbücher — ist Legion; dazu treten kritische Gesamtausgaben und sorgfältige mehrbändige Editionen. Der Adaption Fontanes durch den Spielfilm (Effi Briest mit mehreren Verfilmungen, Frau Jenny Treibel, Irrungen Wirrungen und andere) ist das Medium Fernsehen mit einer Reihe bedeutender Inszenierungen gefolgt (Unterm Birnbaum, Schach von Wuthenow, Unwiederbringlich, Mathilde Möhring).

Dieter Nohlen / Rainer-Olaf Schultze

Die Bundestagswahl 1969 in wahlstatistischer Perspektive S. 15

An weiteren filmischen Umsetzungen Fontanescher Vorlagen wird gearbeitet.

Diese Fontane-Renaissance ist in ihrer Breite und Intensität in der deutschen Literaturgeschichte bislang ohne Beispiel. Sie nimmt dem Gedenken zum 150. Geburtstag des Dichters — Fontane wurde am 30. Dezember 1819 in Neuruppin in der Mark Brandenburg geboren — den Anstrich bloßer historisierender Courtoisie und bemühter Aktualitätsbeschwörung.

Die Geburt des modernen Gesellschaftsromans in Deutschland

Diese posthume Erfolgswelle — zu Lebzeiten blieb der verdiente Durchbruch beim breiteren Publikum aus — verdankt der Dichter sicher keiner „Mode“, sondern einer zeitlosen litera-

rischen Qualität und einer eigenartigen Affinität seiner Erzählkunst für das Fernsehspiel, worüber sich eine eindringliche dramaturgische Untersuchung sicherlich lohnen würde. Entscheidend ist wohl die Lebenskraft seiner Figuren, die glaubhafte psychologische Motivierung ihres Verhaltens und ihr überzeugendes Eindringen in das gesellschaftliche Geschehen und die soziale Problematik. Durch die Verbindung von individuellem Schicksal mit gesellschaftskritischer Zustandsschilderung erreicht Fontane eine gleichsam metahistorische Sublimierung seiner Aussage. Das macht im Grunde seinen unverwechselbaren schriftstellerischen Rang aus und ist sicher eine Wurzel für seine Modernität — 150 Jahre nach seiner Geburt, 70 Jahre nach seinem Tode. Ein freundliches Licht fällt dabei auch auf den guten Geschmack des Lesers unserer Tage.

Thomas Mann, der größte deutsche Erzähler des 20. Jahrhunderts, hat sich immer mit Verehrung und Liebe als literarischer Nachfahre Fontanes begriffen und diesem seiner Meinung nach größten deutschen Erzähler des 19. Jahrhunderts (trotz Stifter, Keller und Raabe) das historische Verdienst zugeschrieben, mit seinem Werk die Ebenbürtigkeit des Romans neben dem Drama und der Lyrik erwiesen zu haben. Neben aller Wertung ist allerdings die Tatsache unbestritten, daß mit Theodor Fontane die Gattung des modernen Gesellschaftsromans als späte Frucht auch in die deutsche Literatur eintritt, nachdem dieser die außerdeutsche literarische Landschaft längst belebte.

Gespräch und Symbol

In der ästhetischen Grundlegung des modernen Gesellschaftsromans kommt es nicht mehr in erster Linie auf das faktische Geschehen an sich an, sondern vielmehr auf die vollkommene Durchdringung der Handlung mit dem Denken, Fühlen und den Reflexen der Haupt- und Nebenfiguren. Das Einzelschicksal fesselt nur und ist nur dann der Gestaltung würdig, sofern es gesellschaftlich etwas bedeutet. (Die literarische Mitte zwischen den klassischen Modellen des Abenteuerromans und des Erziehungs-

und Bildungsromans ist evident.) Zum adäquaten Ausdrucksmittel werden für den modernen Gesellschaftsroman die kommunikativen Formen Unterhaltung, Gespräch und Brief. Eins der wichtigsten Stilmittel wird dabei das Symbol.

Fontane hat in der deutschen Erzählkunst nur mit Thomas Mann in der Anwendung und im Erfindungsreichtum des Symbols einen ebenbürtigen Nachfolger gefunden. — Kunst und Technik seines symbolhaften Erzählens bleiben nicht im psychologischen Detail und im beziehungsreichen Versatzstück haften, sondern das Symbol erfaßt auch das große historisch-politische Geschehen. Die beiden politischsten Romane Fontanes machen das deutlich: Im „Schach von Wuthenow“ nimmt das moralische Versagen und der Untergang seines Helden den Untergang des preußischen Staates von 1806 vorweg; in seinem letzten Werk „Der Stechlin“ geht es unter dem Symbol des unruhevollen Stechlin-Sees in einem unaufhörlichen politischen und sozialen Diskurs um nicht mehr und nicht weniger als die schwankenden Grundlagen des Wilhelminischen Deutschland und um Perspektiven der politischen Zukunft. In seinem letzten Roman ist die Individuation seiner Figuren zur Funktion der politischen und sozialen Krisendeutung geworden. Fontanes Symbolkunst wird hier total: Das Symbol wird zum Inhalt — der Inhalt verdichtet sich zum Symbol.

Voraussetzungen und Wurzeln

Die schriftstellerische Kunst des reifen Fontane erwächst organisch aus seiner Biographie: Aus seinen Anlagen und seiner Begabung; aus dem beruflichen Herumgestoßenwerden und dem Schinden der frühen und mittleren Jahre; schließlich aus dem Bemühen, mit diszipliniertem Fleiß und schwer errungenem Selbstvertrauen den Durchbruch zum freien Schriftstellertum zu schaffen. Diese Entwicklung nachzuzeichnen ist hier nicht der Ort. Aber die geistigen Wurzeln seines Schaffens müssen wir uns vergegenwärtigen.

Das ursprüngliche Erzählertalent, die Eleganz seiner Prosa, die Leichtigkeit seiner Verse allein hätten nicht ausgereicht, Fontane seinen Platz in der deutschen Literatur zuzuweisen. Seiner Causerie, der echter Humor ebenso eigen ist wie überlegene Ironie — hierin ist Fontane gewiß dem Erbe seiner französischen Vorfahren aus der gemütlichen Gascogne und den temperamentgeladenen Cevennen verpflichtet —, mußte sich das einführende Begreifen der Geschichte und eine differenzierte psychologische Beobachtungsgabe zugesellen, um ein dichterisches Gesamtwerk zu ermöglichen, das von der erzählenden Historie seiner „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ bis zur analytischen Kunst seiner späten Romane reicht.

Fontanes dem Menschen geltende Beobachtungsgabe, seine Liebe zur Geschichte und sein auf die Umwelt gerichtetes sozialkritisches Vermögen haben zwei Wurzeln: die Achtung des Persönlichen und die Wertschätzung der Erfahrung. Individualitätsgedanke und Empirie spielen im Denken Fontanes eine entscheidende Rolle und rücken ihn an die Ahnenreihe des deutschen Historismus heran, ohne daß ihm das bewußt gewesen wäre. Ein historisches und zeitkritisches Urteil abgebend, das vorsichtig vom Besonderen zum Allgemeinen aufsteigt — und nicht umgekehrt: das ist Geist vom Geiste der Publizistik Justus Möser und der Geschichtsschreibung Leopold von Ranke. Hierhin gehört Fontane methodisch. Die Suche nach historischer Gesetzmäßigkeit hat ihn nie beschäftigt, systematisches philosophisches Denken und das Einordnen seiner Zeit- und Gesellschaftskritik in endgeschichtliche Zielvorstellungen bleiben ihm Zeit seines Lebens fremd.

Die Dimension der Briefe

Mit seinen Gesellschaftsromanen, deren Klassizität allerdings nur wenige seiner Zeitgenossen erkannten, wird Fontane für die deutsche Literatur zu einem Phänotyp, der in die Höhen der Weltliteratur aufsteigt.

Dieser Durchbruch auch in das Bewußtsein einer breiteren Lesergemeinde und das Werkverständnis der internationalen Germanistik hat sich erst in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg vollzogen. Eine Voraussetzung dafür war der bereits erwähnte Fund der Briefe an Georg Friedländer. Für die Interpretation seines Romanwerks erschloß sich durch diese Briefe eine wenn auch nicht neue, so doch durchsichtigere und entschiedene Dimension. Fontane ist in seinen Romanen ein Meister der nicht ohne weiteres zu verstehenden dialektischen Entfaltung des Gesprächs, ferner der Anspielung, des Verschlüsseln und der Camouflage. Ganz anders in seinen Briefen. Er ist nicht nur der fleißigste Briefschreiber von allen zeitgenössischen Dichtern, sondern er legt in seinen Briefen in größter Offenheit persönliche Bekenntnisse ab und äußert hier — nun ganz und gar unverschlüsselt — Meinungen, deren Entschiedenheit und Härte die Empfänger häufig schockierten.

Notwendige Abgrenzungen

Fontanes dichterische Mentalität und schriftstellerische Eigenart haben ihn Zeit seines Lebens wenig vom romantisch-genialen Poetentyp halten lassen — eines Typus, der seiner Herkunft entsprechend in Analyse und Kritik der Gesellschaft poesiewidrige Elemente schlechthin erblickt. Diese Abneigung war gegenseitig: Zwanzig Jahre nach Fontanes Tod hat ein Spätzeuge dieser Tradition — der dem Jüngerkreis Stefan Georges angehörende Friedrich Gundolf — ihn und Thomas Mann als „ephemere Jahrzehntemänner“ abgetan, die große, „schicksalhafte Poesie“ nicht hervorgebracht hätten. — Der späte Realismus Fontanes setzt sich auch von anderen Inhalten und Stilen ab. So hat er in seinem Selbstverständnis nichts gemein mit dem politischen Aktivismus eines Georg Herwegh und dem Pathos und Pamphletismus anderer Vertreter des „Jungen Deutschland“; und nichts verbindet ihn auch mit den kontemplativen und lyrischen Gehalten der Dichtkunst Mörikes oder des Grafen Platen.

Fontane und die Weltliteratur

Neben dem eingeborenem Talent und der persönlichen Entwicklung beruht Fontanes Spätwerk, das mit „Schach von Wuthenow“ (1882), „Irrungen Wirrungen“ (1888) und vor allem „Effi Briest“ (1895) weltliterarischen Rang erreicht, auf der Rezeption des großen europäischen Gesellschaftsromans. Dieser Prozeß wird sicher durch die bereits erwähnte inhärente Distanz zum poetischen Romantizismus und zur politischen Kampf- und Bekenntnisdichtung, als typisch deutschen literarischen Erscheinungsformen, erleichtert.

Der Einfluß der Historienmalerei Walter Scotts auf Fontane wird nun aufgehoben durch die bewußte Rezeption Balzacs, Flauberts, Tolstois und der beiden Schriftsteller, denen der späte Fontane nach eigenem Zeugnis das meiste verdankt: Thackerays und Turgenjews. An Thackeray ziehen ihn dessen Humor und gesellschaftskritischer Realismus an. „Vanity fair“ (Jahrmarkt der Eitelkeit) wird zu seinem Lieblingsroman. Dieses Vorbild läßt ihn nicht mehr los. Als Fontane über seinem großartigen Roman „Irrungen Wirrungen“ saß, schrieb er (an Ludwig Pietsch am 23. Dezember 1885): „Es fehlt uns noch ein großer Berliner Roman, der die Gesamtheit unseres Lebens schildert, etwa wie Thackeray in dem besten seiner Romane, in ‚vanity fair‘, in einer alle Klassen umfassenden Weise das Londoner Leben geschildert hat.“ — An seinem „Meister und Vorbild“ Turgenjew fesselte ihn dessen Kunst der psychologischen Schilderung und die geniale Eingliederung von dessen Figuren in den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß.

Der zeitkritische Ansatz

Wir haben die geistigen Voraussetzungen des Zeitkritikers und die ästhetischen Grundlagen des Romanciers untersucht, wir haben in einem ersten Entwurf diese beiden Elemente in die originäre literarische Leistung Fontanes — die Verwirklichung des modernen deutschen Gesellschaftsromans — einfließen lassen. Wir haben auch die Stellung des Dichters in der deutschen Literatur und seinen Standort im Zusam-

menhang mit der Weltichtung zu bestimmen versucht.

Die wahre Größe eines Dichters ist an die Wirkung gebunden, die er über sein irdisches Leben, über seine Zeit hinaus entfaltet. Die Fontane-Renaissance unserer Tage zeugt von dieser fortdauernden Wirkung. Ihr wollen wir nachgehen und fragen, worin das lebendige Vermächtnis im Eigentlichen besteht. Die ästhetische Betrachtung umfaßt immer nur einen Teilbereich dichterischer Nachwirkung, wobei sicher Fontanes rein literarische Qualitäten nach Stil und Form ihm einen hohen Stellenwert in der deutschen Literaturgeschichte verschaffen. Aber die unverweckselbare Leistung, das „eigentliche“ Vermächtnis im Sinne unserer Frage reicht in andere, tiefere Bereiche; in jene nämlich, die Fontane durch die Auseinandersetzung mit seiner Zeit und den Zeitgenossen, mit Staat und Gesellschaft freilegt. Darum geht es uns nun.

Preußen und sein Adel

Nichts hat Theodor Fontane Zeit seines Lebens so sehr beschäftigt wie das alte Preußen und dessen Führungsschicht, der preußische Adel. Dieses Thema weitet sich nach der Reichsgründung auf Preußen-Deutschland hin aus. Neben den Adel treten nun im aufkommenden Massenzeitalter das Bürgertum und die Arbeiterschaft als soziale Schichten, die eine engagierte sozialkritische Dichtung in die Auseinandersetzung einbeziehen muß. Aber auch jetzt noch bleibt das Adelsmotiv das wichtigste Element von Fontanes Gesellschaftskritik. Ja, es will scheinen, als habe er seine größten Romane aus einer merkwürdigen inneren Verfallenheit heraus auf diesen preußischen Adel hin geschrieben — im Guten wie im Bösen.

Wer wollte bezweifeln, daß sich dem kritischen Fontane hier ein weites Feld öffnete. Nachdem die schöpferischen Ansätze der Reformzeit nach 1806 für eine Erneuerung des preußischen Staates an Haupt und Gliedern in Restauration und Reaktion erstickt waren und nachdem die freiheitlichen Kräfte in Preußen und im übrigen Deutschland mit dem Scheitern

der Revolution von 1848 resigniert hatten, mußten dem kritischen Bürgersinn die preußischen Zustände als zurückgeblieben, als weiterhin anachronistisch erscheinen. Eines der frühesten Zeugnisse des zeitkritischen Fontane ist ein Aufsatz, den er — ergriffen vom Revolutionsgeschehen — am 3. August 1848 unter vollem Namen in der „Zeitungshalle“ mit dem Titel „Preußens Zukunft“ veröffentlichte und in dem es heißt: „Jeder andere Staat kann und mag in Deutschland aufgehen; gerade Preußen muß darin untergehen... Bayern, Sachsen, Schwaben, die werden in Deutschland aufgehen; der großen deutschen Republik werden diese Namen nicht fehlen. Aber eine preußische Republik ist eine Unmöglichkeit, Preußen muß zerfallen.“

Pseudokonservatismus

Man hat dem späteren Fontane vorgeworfen, von diesem republikanischen Pathos sehr rasch abgerückt zu sein und diese Gesinnung im Solde der reaktionären preußischen Regierung von Manteuffel verraten zu haben. Gewiß — der politische Rigorismus der obigen Äußerung wich bald einer an den neuen Realitäten orientierten Betrachtung. Das Herz sprach dabei sicher nicht mit, sondern die blanke Notwendigkeit, das tägliche Brot zu verdienen und eine Familie notdürftig zu ernähren. Aber die Kritik an Preußen hat Fontane zu keiner Zeit mehr verlassen, wenn auch die Zielrichtung eine andere wird. Sein zunehmender Un- und Widerwillen richtet sich nun nicht mehr gegen den preußischen Staat, kaum gegen die Person des Monarchen und die Monarchie als Institution; auch findet sich keine detaillierte staatsrechtliche Kritik der Verfassungsverhältnisse. Front macht er jedoch gegen den Adel, wobei er dessen unverdiente Privilegien als „Borussismus“ bezeichnet und gegen das „wahre Preußentum“ abzusetzen versucht. Im Schlußwort seiner „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“, die die literarische und geistige Rampe für Fontanes Spätwerk sind, hat er 1881 seine Ansicht vom preußischen Adel vorläufig zusammengefaßt: „Wirklich, es

lebt in unserem Adel nach wie vor ein naives Überzeugtsein von seiner Herrscherfähigkeit und seiner Herrscherberechtigung fort... Es wird aber nur wenige bürgerliche ‚Honoratioren‘ geben, die nicht — auch bei konservativer Schulung und Naturanlage — durch den Pseudokonservatismus unseres Adels, der schließlich nichts will als sich selbst und das, was ihm dient, in peinlichste Verlegenheit und höchste Verzweiflung gebracht worden wären.“

Ein anderer Unterbau

In bestürzender Weise offenbart sich diese fast zur Feindseligkeit werdende Kritik in den Briefen an Georg Friedländer aus seinem letzten Lebensjahrzehnt, wenn er die alte Adelsinstitution in ihren menschlichen, politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen als endgültig überholt verwirft. Jenen Adel, den Fontane ehemals geliebt und dessen Wandlung und Offensein für das Neue er so sehr ersehnt hat: „Preußen — und mittelbar ganz Deutschland — krankt an unseren Ostelbiern. Über unseren Adel muß hinweggegangen werden... Das Land ihm zu Liebe regieren, in dem Wahn: Dieser Adel sei das Land — das ist unser Unglück und solange dieser Zustand fortbesteht, ist an eine Fortentwicklung deutscher Macht und deutschen Ansehens nach außen hin gar nicht zu denken. Worin unser Kaiser die Säule sieht, das sind nur tönernen Füße. Wir brauchen einen ganz anderen Unterbau. Vor diesem erschrickt man; aber wer nicht wagt, nicht gewinnt. Daß Staaten an einer kühnen Umformung, die die Zeit forderte, zugrunde gegangen wären — dieser Fall ist sehr selten. Ich wüßte keinen zu nennen. Aber das Umgekehrte zeigt sich hundertfältig.“ (An Friedländer am 4. April 1897.)

Ein Adel der Zukunft

Neben den Briefaussagen belegt auch das erzählerische Spätwerk Fontanes Adelskritik. Im „Stechlin“ zieht er nicht lange vor seinem Tode die Summe einer lebenslangen Enttäuschung. An Stelle der hergebrachten Adelsmacht er-

hofft er einen „Adel der Zukunft“, eine sich den politischen und sozialen Aufgaben der Zeit gewachsen zeigende Führerschaft, die aus dem Herzen, nicht aus Berechnung, sozial und politisch tätig wird. Den klugen Pastor Lorenzen läßt er im „Stechlin“ sagen, daß das Zeitalter, das von den Normen dieser exklusiven Adelswelt bestimmt wurde, unwiederbringlich zu Ende gehe. Effi Briest, die Heldin seines größten Romans, mußte noch an dieser in Konventionen und Paragraphen erstarrten Ordnung zerbrechen, die im Fontaneschen Sinne keine wahre „Ordnung“ ist, weil ihr Offenheit und menschliche Güte fehlt, weil eine inhaltslose Scheinehre die Verhaltensnormen dieser antiquierten Adelswelt bestimmt. Wie sagt doch Effi Briest: „Mich ekelt, was ich getan, aber was mich noch mehr ekelt, das ist Eure Tugend.“

Überholtes Ordnungsdenken

Fontane protestiert gegen eine Ordnung, die den exklusiven Führungsanspruch einer privilegierten Klasse kennt, und setzt ihr eine von Nächstenliebe, Gleichberechtigung und Zukunftsoffenheit bestimmte *neue* Ordnung entgegen. — Für ihn ist es kein „Verhältnis“ mehr, das sich der „Mann von Stande“ allenfalls leisten konnte, wenn in seinem menschlich wärmsten Roman „Irrungen Wirrungen“ der adlige Gardeoffizier das Mädchen aus dem vierten Stande liebt. Die wahre Liebe zwischen den beiden Menschen „ungleichen Standes“ überwindet bei Fontane jede ständisch normierte Ordnung. Die Gemeinsamkeit zweier Liebender steht in diesem Sinne außerhalb der „Gesellschaft“, auch wenn diese Liebe an ihr zerbricht.

Diesen Roman schrieb keiner der Jungen, sondern der reife Fontane, der durchaus konservative Bewußtseinsmomente in sich trug. Der Adel Preußens brach nun endgültig mit ihm und hat ihm nie verziehen. — Fontane ließ sich auch dadurch nicht davon abbringen, bis zu seinem Tode um das Menschenbild des preußischen Adels zu ringen. Seinem Ideal gibt er in der Grabrede des Pastors Lorenzen für

den alten Stechlin Ausdruck, die auch ein Nachruf auf Fontane selbst sein könnte: „Er war kein Alter, freilich auch kein Neuer. Er hatte vielmehr das, was über alles Zeitliche hinaus liegt, was immer gilt und immer gelten wird: ein Herz. Er war kein Programmedelmann, kein Edelmann nach der Schablone, wohl aber ein Edelmann nach jenem alles Beste umschließenden Etwas, das Gesinnung heißt.“

Umstrittener Bismarck

Diese Gesinnung und Herzensbildung, die den konservativen alten Stechlin auszeichnet, vermißt Fontane bei Bismarck, der als Staatsmann und Mensch notwendig in den innersten Kreis der Fontaneschen Zeitkritik rückt. — Der gleich seinem Bruder zu den Verehrern Fontanes zählende Heinrich Mann schrieb in diesem Zusammenhang: „Wer aber in Werken, Briefen, Gedichten Fontanes immer wiederkehrt, ist sein Altersgenosse Bismarck — er sieht ihn groß und klein, er weiß über ihn mehr, als seither jemand wissen kann.“

An Bismarcks Reichsgründung, am politischen Genie dieses Mannes, seiner vorsichtig überlegenden außenpolitischen Taktik gibt es für Fontane nichts zu deuteln. Aber die unglückliche innenpolitische Hand des Junkers, seine Verständnislosigkeit den Fragen und Problemen des Industriezeitalters gegenüber erkennt der Dichter klar. Die eigentliche Kritik entzündet sich jedoch an der Kleinlichkeit und Selbstgerechtigkeit, die er im Charakter des Reichsgründers erkennt. Dessen verblissenes Charisma und menschliche Schwächen bringt Fontane eher mit Sorge als mit Befriedigung in einem Gespräch mit dem Grafen Eulenburg zum Ausdruck (1881): „Gegen Bismarck braut sich allmählich im Volk ein Wetter zusammen. ... Nicht seine Maßregeln sind es, die ihn geradezu ruinieren, sondern seine Verdächtigungen. Er täuscht sich über das Maß seiner Popularität. Sie war einmal kolossal, aber sie ist es nicht mehr. Es fallen täglich Hunderte, mitunter Tausende ab. Vor seinem Genie hat jeder nach wie vor einen ungeheuren Respekt. ...

Was ihn einst so populär machte, war das in jedem lebende Gefühl: ‚Ah, ein großer Mann‘. Aber von diesem Gefühl ist nicht mehr viel übrig, und die Menschen sagen: ‚Er ist ein großes Genie, aber ein kleiner Mann‘.“

Noch stärker auf die menschlichen Schwächen abgehoben ist eine Briefstelle an seine Tochter Mete — seines neben Georg Friedländer vertrautesten Korrespondenzpartners — vier Jahre nach des Kanzlers Entlassung: „Immer ich, ich, und wenn die Geschichte nicht mehr weitergeht, Klage über Undank und norddeutsche Sentimentalitätsträne. Wo ich Bismarck als Werkzeug der göttlichen Vorsehung empfinde, beuge ich mich vor ihm; wo er einfach er selbst ist, Junker und Deichhauptmann und Vorteilsjäger, ist er mir gänzlich unsympathisch.“ Die Entlassung des „Eisernen Kanzlers“ hatte Fontane völlig ungerührt hingenommen: „Es ist ein Glück, daß wir ihn los sind . . . Seine Größe lag hinter ihm; sie bleibt ihm in der Geschichte und in den Herzen des deutschen Volkes.“ (An Friedländer 1890.)

Die Wilhelmische Scheinwelt

Fontane hatte der Übernahme der Regentschaft durch Kaiser Wilhelm II. durchaus optimistisch entgegengesehen. Der junge Monarch segelte unter der Flagge eines „neuen jungen Deutschland“, sich selbst als ersten dynamischen Repräsentanten begreifend. Aber sehr bald wird offenbar, daß dem letzten Jahrzehnt der Ära Bismarck gegenüber sich nichts, aber auch gar nichts ändert. Lauthals verkündeter Reformwille versandet immer mehr in großsprecherischer Demagogie. Als Fontane das hohle Pathos des jungen Kaisers bemerkt, schlägt sein politisches Urteil um. Er durchschaut die Scheinmodernität des Kaisers und erkennt nun in der Ära Wilhelms I. und Bismarcks gegenüber dieser Hohlheit der Wilhelminischen Ära das kleinere Übel. In zwei Briefen an Friedländer aus dem Jahre 1897 schreibt er: „Er (Wilhelm II.) will, wenn nicht das Unmögliche, so doch das Höchstgefährliche mit falscher Ausrüstung, mit unausreichenden Mitteln. Es glaubt das Neue mit ganz Altem besorgen zu können, er will

Modernes aufrichten mit Rumpelkammerwaffen . . .“. Und wenig später begegnen wir Fontanes ständiger Frage nach menschlicher Anständigkeit: „Ich bin kein Bismarckianer, das Letzte und Beste in mir wendet sich von ihm ab, er ist keine edle Natur. . . . Aber die Hohenzollern sollten sich nicht von ihm abwenden, denn die ganze neue Glorie des Hauses verdankt das Hohenzollerntum dem genialen Kraftmeier aus dem Sachsenwald . . . Wie kann man die Geschichte so fälschen wollen. Es ist der sprichwörtliche Undank der Hohenzollern, der einen hier anstarrt.“

Wir sahen bereits, daß die Fontanesche Gesellschaftskritik von vornherein im Wesen und in der Entwicklung des Dichters angelegt ist. Und doch gewinnt diese Kritik ihre letzte Sicherheit erst in der Auseinandersetzung mit der politischen Scheinwelt des persönlichen Regiments Wilhelms II. Jetzt begreift Fontane im letzten die Dynamik des historischen Entwicklungsprozesses und die Notwendigkeit einer politischen Führung, die sich mit den leitenden Ideen der Zeit im Einklang befindet.

Abtreten des Bürgers

Der preußische Adel und das Wilhelminische Kaisertum versagen der modernen Zeit gegenüber. Wäre es nicht am deutschen Bürgertum gewesen, in die Bresche zu springen? Aber dieses Bürgertum, der dritte Stand, dem auch der kritische Dichter entstammt, enttäuscht ihn schwer. Fontane erblickte hier kein verheißungsvolles Land, wie intensiv und einfühlsam er auch den bescheidensten Hoffnungs-schimmern eigenständigen bürgerlichen Selbstverständnisses nachgeht. Er beklagt, daß es dem deutschen Bürgertum sowohl unter Bismarck wie auch in der Wilhelminischen Ära insgesamt an Charakter und Selbstbewußtsein mangle, daß es zuwenig Zivilcourage in den öffentlichen Angelegenheiten beweise und sich resignativ oder gar feige mit der dritten und vierten Rolle im Staate begnüge.

Mit beißender Ironie bedenkt Fontane in einigen Briefen an Friedländer die Kapitulation

vor dem „preußischen Hauptidol, dem Vitzliputzli des preußischen Kultus, dem Reserve-Offizier“. Die vergiftende Wirkung des in der Wilhelminischen Ära weithin zu beobachtenden Byzantinismus erfüllt ihn mit Sorge. Mit Bitterheit vermerkt er, wie sich so mancher Bürger bluffen läßt und klein beigibt, wenn militärisches oder militaristisches Denken und Handeln auf zivile Bereiche übergreifen. Immer seltener werden ihm die Beispiele eines echten, auf Gesinnung, Menschenbildung und solider Kenntnis beruhenden bürgerlichen Selbstbewußtseins.

Heraufkommen des Bourgeois

Als Konsequenz dieses bürgerlichen Versagens konstatiert Fontane die Ausbreitung des Bourgeois — und diesen Typ hat der bei allem Temperament in seinen Wertungen vorsichtige und in seinen Gefühlen sparsame Fontane verspottet und verachtet. In „Frau Jenny Treibel“, seinem heitersten Roman, konfrontiert er die Welt des echten Bürgertums mit der des Bourgeois und Spießers; des Bourgeois mit dem unüberbrückbaren Mißverhältnis zwischen Menschenbildung und Geldsackgesinnung, mit seinem Streben nach Äußerlichkeiten, nach Titeln und Orden. Im „Stechlin“ sagt er einmal, nun nicht mehr mit der heiter-ironischen Distanz, die wir aus „Frau Jenny Treibel“ kennen: „Er (Gundermann) ist ein Bourgeois und ein Parvenu, also so ziemlich das Schlechteste, was einer sein kann.“

Trotzdem wäre es verfehlt, diese Kritik Fontanes am geistigen und sozialen Habitus der unorganisch wachsenden bourgeoisen Gründergeneration mit der Verachtung Wilhelm Raabes oder dem Abscheu Friedrich Nietzsches dieser betriebsam-neureichen Zwischenklasse gegenüber zu vergleichen, die seither nicht wieder aus der deutschen Sozialstruktur verschwunden ist. Kritik ist für Fontane auch bei diesem peinlichen Thema nicht vornehme Zurückgezogenheit oder elitäre Abkehr, sondern sein unübersehbarer persönlicher Widerwille bleibt mit dem echt Fontaneschen Element des Interesses kombiniert. Die Werkverantwor-

tung des gesellschaftskritischen Schriftstellers überwindet die persönliche Animosität.

Freilich, die hellwache Suche nach der menschlichen Substanz, nach der humanen Gesinnung bleibt als normatives Korrektiv immer gegenwärtig — um so unverständlicher ist gerade in diesem Zusammenhang der gegen Fontane häufig erhobene Vorwurf der grundsatzlosen Opportunismus und eines knieweichen Relativismus, der Gesinnung des „alles verstehen heißt alles verzeihen“. Eine solche Kritik, die ehemals aus dem Lager der völkischen Literaturkritik erging und die heute, wenn auch unter dem diametralen Vorzeichen des Klassenstandpunktes, von Vertretern der marxistischen Literaturkritik behauptet wird (in gewissem Sinne auch von Georg Lukács), geht am geistigen Wesenskern des Dichters und seines Werkes vorbei. — Ein Schlaglicht auf Fontanes Entwicklung wirft im Zusammenhang mit seiner Kritik an Bürgertum und Bourgeoisie eine Briefstelle an seine Tochter aus seinen letzten Lebensjahren: „Ich werde immer demokratischer und lasse höchstens noch einen ‚richtigen‘ Adel gelten. Was dazwischen liegt — Spießbürger, Bourgeois, Beamter und schlechtweg ‚Gebildeter‘ kann mich wenig erquicken.“

Der Vierte Stand

Nicht so sehr die Enttäuschung über den Adel und die Verachtung für den Bourgeois haben Fontanes Blick auf den vierten Stand und dessen Probleme gelenkt. Vielmehr stellt sich ihm die Arbeiterfrage von seinem Sinn für die geschichtliche Entwicklung, seinem politischen Nerv und seinem christlichen Humanismus her.

Nach dem Nobiling-Attentat auf Kaiser Wilhelm I., am Vorabend des Sozialistengesetzes, schreibt Fontane an seine Frau (5. Juni 1878): „Alle diese Leute (gemeint sind die Angehörigen des vierten Standes) sind uns vollkommen ebenbürtig, und deshalb ist ihnen weder der Beweis zu führen, daß es mit ihnen nichts sei, noch ist ihnen mit der Waffe in der Hand beizukommen. Sie vertreten nicht bloß Unordnung und Aufstand, sie vertreten auch Ideen,

die zum Teil ihre Berechtigung haben und die man nicht totschiessen oder durch Einkerkelung aus der Welt schaffen kann. Man muß sie geistig bekämpfen, und das ist, wie die Dinge liegen, sehr sehr schwer.“ Es versteht sich am Rande, daß Fontane die Sozialistengesetze Bismarcks verurteilt. Fontane setzt sich im Laufe der Jahre immer stärker für die volle Anerkennung des vierten Standes und den gleichberechtigten Einbau der Arbeiterschaft in Staat und Gesellschaft ein. In einem Brief an seinen englischen Freund James Morris liefert er dafür gleichsam die innere Legitimation: „Alles Interesse ruht beim vierten Stand. Der Bourgeois ist furchtbar, und Adel und Klerus sind altbacken, immer dasselbe. Die neue, bessere Welt fängt erst beim vierten Stande an . . . Das, was die Arbeiter denken, sprechen, schreiben hat das Denken, Sprechen, Schreiben der altregierenden Klassen tatsächlich überholt. Alles ist viel echter, wahrer, lebensvoller. Sie, die Arbeiter, packen alles neu an, haben nicht bloß neue Ziele, sondern auch neue Wege.“ (22. Februar 1896.) Zur gleichen Zeit läßt der Dichter dem sich durch ein abgewogenes Urteil auszeichnenden Grafen Barby im „Stechlin“ seinen politischen tour d'horizon so abschließen: „Ob der vierte Stand sich etabliert und stabilisiert — darauf läuft doch in ihrem vernünftigen Kern die ganze Sache hinaus.“

Die Summe: „Der Stechlin“

Dieses Wort des Grafen Barby ist im Grunde auch das Thema von Fontanes letztem Roman. Er zieht darin die Summe seines dichterischen Lebens — und das heißt, daß nun zeit- und gesellschaftskritische Schlußbilanz aufgemacht wird. Dem Dichter des „Stechlin“ ist häufig vorgeworfen worden, daß dieser Roman ob seiner „Handlungslosigkeit“ im traditionellen literarischen Sinne deutliche formale und inhaltliche Schwächen aufweise und die Merkmale des typischen Alterswerkes trage.

Bei näherer Betrachtung erweist sich ein solches Urteil als zu eng, ja als literarisches Mißverständnis, als Unverständnis der Absicht des Dichters gegenüber. Dieser Roman bezieht sei-

ne Spannung und seine Handlung aus der in ihm entfalteten Dialektik — aus der Auseinandersetzung zwischen „dem Alten“ und „dem Neuen“ — im politischen und sozialen Sinne. Die mit diesem polaren Ringen umschriebene universale Spannung kann auf Handlung im herkömmlichen Sinne verzichten, ja dieser Verzicht wird — getragen von der Stilistik Fontanes — zu einer Voraussetzung dieses politischsten Romans der deutschen Literatur bis auf den heutigen Tag — trotz Heinrich Manns „Der Untertan“, Anna Seghers „Das Siebte Kreuz“ und Uwe Johnsons „Mutmaßungen über Jakob“, um nur drei klassische vergleichswürdige Titel dieser Romangattung zu nennen.

Zum Inhalt des „Stechlin“ wird damit der Entwicklungsprozeß der Gesellschaft schlechthin. Die Menschen und deren Gespräche, die sozialen und politischen Gruppierungen, die Situationen und Episoden sind nur funktionelle Statisterie — was keineswegs abwertend zu verstehen ist — im Dienste der Romanidee, und diese heißt: Wie verläuft politische und soziale Entwicklung? Als Antwort auf diese Frage steht im „Stechlin“ der totale politische Roman vor uns.

Für das Neue leben

Wir wissen es nun bereits: das eigentliche Vermächtnis Fontanes liegt in seiner Zeit- und Gesellschaftskritik. Fontane selbst spricht in einer ganzen Reihe von Figuren des „Stechlin“ zu uns: im alten Dubslav von Stechlin, im Grafen Barby, im jungen Stechlin und vor allem auch in Melusine — einer der Frauengestalten, die in den Romanen Fontanes nach seinem eigenen Ausspruch „so vieles bestimmen“. Aber durch keine Figur spricht das Vermächtnis des greisen Fontane so unverschlüsselt und unmittelbar zu uns wie im Pastor Lorenzen. In dessen Worte legt Fontane sein letztes Resümee: „Ich respektiere das Gegebene. Daneben aber freilich auch das werdende, denn ebendies werdende wird über kurz oder lang abermals ein Gegebenes sein. Alles Alte, soweit es Anspruch darauf hat, sollen wir lieben, aber

für das Neue sollen wir recht eigentlich leben . . . Ob ein Neues sein soll oder ob es nicht sein soll, um diese Frage dreht sich alles.“

Und dann faßt der Dichter seine Sozialkritik, sein Ringen um den preußischen Adel und sein Eintreten für eine offene Gesellschaft in einem Wort des progressiven Pastors Lorenzen, den man sich politisch zwischen August Bebel und Friedrich Naumann stehend vorstellen könnte, zusammen: „In unserer Obersphäre herrscht eine naive Neigung, alles ‚Preußische‘ für eine höhere Kulturform zu halten . . . Der Hauptgegensatz alles Modernen gegen das Alte besteht darin, daß die Menschen nicht mehr durch ihre Geburt auf den von ihnen einzunehmenden Platz gestellt werden. Sie haben jetzt die Freiheit, ihre Fähigkeiten nach allen Seiten hin und auf jedem Gebiet zu betätigen.“

Tradition und Neuordnung

Ausgehend von den Briefstellen Fontanes über den vierten Stand und unter Bezug auf die politischen Aussagen des Pastors Lorenzen im „Stechlin“ wird versucht, Theodor Fontane zumindest als unbewußten Vorläufer dem Lager des historischen Materialismus und der marxistischen Krisendeutung zuzuordnen. Eine unvoreingenommene Werkanalyse jedoch ergibt, daß Fontanes humane Gesellschaftskritik und seine von geschichtlichem Sinn getragene politische Zeitkritik frei von parteipolitischer Stellungnahme und von ideologischer Bindung ist. Sie entzieht sich der engeren politischen Einordnung.

Man hat dies neben der erwähnten marxistischen Deutung versucht und ihn als Altkonservativen beginnen lassend später in den politischen Bezirken der Freikonservativen oder der Nationalliberalen ansiedeln wollen. Die politischen Stellen des „Stechlin“ in Betracht

ziehend, wollten manche einen Linksliberalen oder einen gemäßigten Sozialdemokraten aus ihm machen. Alle diese Versuche gehen fehl und sind interpretatorisch uninteressant, weil der Persönlichkeit und der Aussage des Dichters schlicht unangemessen.

Die Zeit- und Gesellschaftskritik Fontanes ist nur dann zu verstehen, wenn man den Dichter von seinem unbestechlichen Sinn für Geschichte, von seinem eingeborenen historischen Bewußtsein und von seiner Fähigkeit her, diese Elemente kritisch auf die Erkenntnis sozialer und politische Phänomene und Vorgänge anzuwenden, begreift.

Der im neunzehnten Jahrhundert neben der Generation des „Jungen Deutschland“ politischste unter den deutschen Dichtern bezieht sein politisches und soziales Urteil aus der Einsicht in den geschichtlichen Entwicklungsprozeß und dessen Kontinuität. Nur von hier aus läßt sich so etwas wie eine einheitliche politische Anschauung Theodor Fontanes herleiten.

Diese Einsicht führt ihn zu jener Mitte, in der Tradition und Neuordnung zum Einklang gekommen sind; jener realistischen Mitte, die die romantisch-reaktionäre Möglichkeit einer Geschichtsphilosophie und einer von dieser abgeleiteten politischen Ideologie genauso vermeidet wie deren aufklärerisch-optimistische Gegenposition und ihre materialistische Weiterführung.

Dieses Bewußtsein der guten Mitte verbindet sich bei Theodor Fontane mit der Kraft des Herzens zur Kritik an einer Zeit und einer Gesellschaft, die nicht in „Ordnung“ war. Mit ihrem Anruf an den zivilen Mut, das soziale Gewissen und die politische Vernunft ist sie immerwährend lebendig — auch heute.

Kleine Bibliographie

Gesammelte Werke:

Sämtliche Werke. Hrsg. v. Walter Keitel. München 1962 ff.

Abt. I. Romane, Erzählungen, Gedichte. 6 Bde.

Abt. II. Wanderungen durch die Mark Brandenburg. 3 Bde.

Abt. III. Aufsätze, Kritiken, Erinnerungen. 4 Bde.

Sämtliche Werke. Ungek. Texte u. unter Zugrundelegung d. Erstausgabe.

Hrsg. u. m. Nachw. u. Anmerk. vers. v. Edgar Gross. München 1959 ff.

Abt. I. Romane, Erzählungen. Bd. 1—8.

Abt. II. Wanderungen durch die Mark Brandenburg. Bd. 9—13.

Abt. III. Aufsätze, Kritiken, Erinnerungen, Gedichte. Bd. 14—24.

Werke. In 3 Bdn. Hrsg. v. Kurt Schreinert. Ausw. u. Komment. d. „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ v. Hans-Ulrich Engel.

Jubiläumsausgabe. München 1968.

Taschenbuch-Ausgabe. 15 Bde. Komment. v. Kurt Schreinert, zu Ende gef. v. Annemarie Schreinert. München 1969.

Werke. In 2 Bdn. Hrsg. v. Werner Lincke. 2. Aufl. mit zahlr. Abb. Salzburg 1968.

Werke. In 2 Bdn. Hrsg. v. Hannsludwig Geiger. Berlin 1958.

Gesammelte Werke. In 2 Bdn. Mit einer Einf. v. Rudolf Pechel. München 1948.

Briefe:

Briefe. Hrsg. von Kurt Schreinert. Zu Ende geführt u. mit einem Nachw. versehen von Charlotte Jolles. 1. wort- u. buchstabengetreue Ed. nach den Handschriften. Bd. 1. Berlin 1968.

1. Briefe an den Vater, die Mutter und die Frau. 353 S.

Briefe an Georg Friedländer. Hrsg. u. erl. v. Kurt Schreinert. Heidelberg 1954. XXIII, 400 S., 2 S. Bibliographie.

Briefe an Hermann Kletke. Hrsg. v. Helmut Nürnberger. München 1969; ca 112 S. m. 2 Abb. u. 1 Faks.

Biographien:

Fontane oder die Kunst zu leben. Ein Brevier. Hrsg. von Ludwig Reiners. Mit 4 Bildnissen. Leipzig 1939. 276 S. Sammlung Dietrich. Bd 57.

Fricke, Hermann

Theodor Fontane. Chronik seines Lebens. Berlin-Grunewald 1960. 95 S.

Lukács, Georg

Die Grablegung des alten Deutschland. Essays zur deutschen Literatur des 19. Jahrhunderts. (Über: Gottfried Keller, Wilhelm Raabe, Theodor Fontane.) Reinbek bei Hamburg 1967. 172 S. = Rowohlts deutsche Enzyklopädie. Bd 276.

Nürnberg, Helmut

Der frühe Fontane. Politik, Poesie, Geschichte 1840 bis 1860. Hamburg 1967. 442 S.

Nürnberg, Helmut

Theodor Fontane in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Reinbek bei Hamburg 1968. 187 S.
= Rowohlt Monographien Bd. 145.

Reuter, Hans-Heinrich

Fontane. Bd 1—2. München 1968.

Ritscher, Helga

Fontane. Seine politische Gedankenwelt. Göttingen 1953. 159 S. = Göttinger Bausteine zur
Geschichtswissenschaft. H. 8.

Roch, Herbert

Fontane. Berlin und das 19. Jahrhundert. Berlin-Schöneberg 1962. 287 S.

Wandrey, Conrad

Theodor Fontane. München 1919. VII, 412 S.

Zeitschriftenaufsätze:

Hagen, Maximilian von

Theodor Fontanes politische Wandlung. Zur Veröffentlichung seiner Altersbriefe an Georg
Friedländer. S. 106—112.

In: Die Welt als Geschichte. Stuttgart 1957. Jg. 17. H. 2.

Heiseler, Bernt von

Plädoyer für Fontane. S. 465—470.

In: Zeitwende. Hamburg. Jg. 35. 1964. H. 7.

Höfele, Karl Heinrich

Theodor Fontanes Kritik am Bismarckreich. S. 337—342.

In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. Stuttgart. Jg. 14. 1963. H. 6.

Jürgensen, Wilhelm

Theodor Fontane im Wandel seiner politischen Anschauungen. S. 561—569.

In: Deutsche Rundschau. Baden-Baden 1958. Jg. 84. H. 6.

Kieslich, Günter

Journalistisches und Literarisches bei Theodor Fontane. S. 452—462.

In: Publizistik. Bremen. Jg. 5. 1960. H. 6.

Die Bundestagswahl 1969 in wahlstatistischer Perspektive

Materialien zur Diskussion des Wahlergebnisses

1. Vorbemerkung

Die Parlamentswahlen in den demokratisch-pluralistischen Verfassungsstaaten erfüllen bestimmte Funktionen¹⁾. In parlamentarischen Systemen ist es eine vorrangig zu nennende Funktion, darüber zu entscheiden, welche Partei oder Koalition von Parteien die Regierung übernehmen soll und welche Partei oder Parteien in die Opposition gehen sollen.

Die Bundestagswahl vom 28. September 1969 hat in dieser wichtigen Frage keine eindeutige Entscheidung herbeigeführt. Ihr Ergebnis ließ mehrere Möglichkeiten der Regierungsbildung offen. Damit wurde es nach der Wahl zur Aufgabe derjenigen Parteien, die Parlamentsmandate erringen konnten, das Wahlergebnis zu interpretieren und eigentlich erst zu kompletieren. Die Analysen der Wahl, die von seiten der Parteien vorgebracht wurden, besaßen somit eine eminent politische Funktion; sie dienten der Legitimierung ihrer eigenen Interessen. Es wurden Hypothesen aufgestellt über die Wählerbewegung zwischen den Parteien und die neue Wählerstruktur der FDP; die Bildung der kleinen Koalition unter Führung der Sozialdemokraten versuchte man damit zu begründen. Die Wahlsoziologie wird die Richtigkeit dieser Annahme erst noch überprüfen müssen. Auch wurde der ominöse Begriff vom Wählerwillen in die Auseinandersetzung um das Wahlergebnis hineingetragen, von Mani-

pulation und Verfälschung des Wählerwillens gesprochen. Demoskopische Umfrageergebnisse wurden aufgegriffen, um mit ihnen die Aussage der Wählerschaft im Hinblick auf die Frage, wer Bundeskanzler werden solle, zu spezifizieren.

Mit der Entscheidung über die Bildung der kleinen Koalition aus SPD und FDP wurde inzwischen — legitimiert durch die parteipolitische Interpretation des Wahlergebnisses — die wichtigste politische Konsequenz aus der Wahl gezogen. Dennoch bleibt die wissenschaftliche Analyse der Wahl eine vordringliche Aufgabe, zumal ihr für die Bundestagswahl von 1969 zumindest eine besondere, wenn nicht sogar eine größere Bedeutung als bei allen vorangegangenen Wahlen zukommt.

Das Ziel dieses Beitrages zur Wahl von 1969 ist es, einige Aspekte des Wahlergebnisses selbst, wie sie in den wahlstatistischen Zahlen zum Ausdruck kommen, darzustellen und in einem systematischen Vergleich mit früheren Wahlen zu untersuchen. Auf die Notwendigkeit einer solchen eher Dokumentation als Interpretation für die Analyse des Wahlergebnisses ist erst jüngst mit Nachdruck hinge-

¹⁾ Siehe hierzu Dieter Nohlen, Begriffliche Einführung in die Wahlstatistik, in: Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane. Ein Handbuch, hrsg. von Dolf Sternberger und Bernhard Vogel, Red. von Dieter Nohlen, Bd I: Europa, Berlin 1969, S. 12 ff.; vgl. auch Helmut Unkelbach / Rudolf Wildenmann / Werner Kaltefleiter, Wähler — Parteien — Parlamente. Bedingungen und Funktionen der Wahl, Frankfurt/M. 1965.

Das wahlstatistische Material der Bundestagswahl von 1969 wurde den Autoren freundlicherweise vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellt. Unser besonderer Dank gilt dabei Herrn Rangol für seine tatkräftige Unterstützung.

Tabelle I: Ergebnisse der Bundestagswahlen 1949—1957
nach Stimmen und Mandaten

Wahlen:	14. August 1949				6. September 1953				15. September 1957			
Wahlberechtigte	31 207 620				33 202 287				35 403 417 ****)			
in % der Bevölkerung	68,4				67,5				68,5			
Abgegebene Stimmen	24 495 614				28 479 550 **)				31 072 894			
in % der Wahlberechtigten	78,5				85,8				87,8			
Ungültige Stimmen	763 216				928 278				1 167 466			
in % der abgegebenen Stimmen	3,1				3,3				3,8			
	Stimmen		Mandate		Stimmen		Mandate		Stimmen		Mandate	
	ab-	in %	ab-	in %	ab-	in %	ab-	in %	ab-	in %	ab-	in %
	solut		solut		solut		solut		solut		solut	
Christlich Demokratische Union/ Christlich Soziale Union (CDU/CSU)	7 359 084	31,0	139	34,6	12 443 981	45,2	243	49,9	15 008 399	50,2	270	54,4
Sozialdemokraten (SPD)	6 934 975	29,2	131	32,6	7 944 943	28,8	151	31,0	9 495 571	31,8	169	34,0
Freie Demokratische Partei/ Deutsche Volkspartei (FDP/DVP)	2 829 920	11,9	52	12,9	2 629 163	9,5	48	9,8	2 307 135	7,7	41	8,2
Deutsche Partei (DP)	939 934	4,0	17	4,2	896 128	3,3	15	3,1	1 007 282	3,4	17	3,4
Gesamtdeutscher Block BHE	—	—	—	—	1 616 953	5,9	27	5,7	1 374 066	4,6	—	—
Zentrum	727 505	3,1	10	2,5	217 078	0,8	3**)	0,5	86 112	0,3	—	—
Bayernpartei (BP)	986 478	4,2	17	4,2	465 641	1,7	—	—	186 210	0,5	—	—
Kommunistische Partei (KPD)	1 361 706	5,7	15	3,7	607 860	2,2	—	—	—	—	—	—
Deutsche Friedensunion (DFU)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Deutsche Reichspartei (DRP)	429 031	1,8	5	1,2	295 739	1,1	—	—	308 564	1,0	—	—
Wirtschaftliche Aufbau- vereinigung	681 888	2,9	12	3,0	—	—	—	—	—	—	—	—
Sonstige	1 481 877	6,2	4	1,1	433 786	1,5	—	—	150 089	0,5	—	—
Insgesamt	23 732 398	100,0	402*)	100,0	27 551 272	100,0	487	100,0	29 905 428	100,0	497	100,0

*) Sitzverteilung bei allen Wahlen ohne die Berliner Abgeordneten.

***) Die Zahlen beziehen sich für alle Wahlen von 1953—1969 auf die Zweitstimmen.

****) Darunter ein Abgeordneter der CDU, der über die Landesliste des Zentrums gewählt worden ist.

*****) Die Zahlen für alle Wahlen einschließlich des Saarlandes.

wiesen worden²⁾. Es erscheint dabei besonders wichtig, dieses Material relativ zeitig in die Diskussion über das Wahlergebnis einzubringen, da — wie die Erfahrung früherer Wahlen zeigt — die erst Jahre später vorliegenden Spezialuntersuchungen kaum mehr in der Lage sind, die verfestigten Meinungen, die

teilweise auch auf vorschnelle Trendanalysen in der Wahlnacht zurückgehen, zu korrigieren. Die Autoren sind sich dabei der Tatsache bewußt, daß diese herkömmliche Methode der Wahlanalyse, die wahlstatistische Korrelation, eine Reihe von Fragen nur aufwerfen und nicht zugleich auch beantworten kann. Die Erklärung und Deutung der Veränderungen im Wählerverhalten soll und muß Aufgabe der Wahlsoziologie und ihrer sozialwissenschaftlich-empirischen Methoden und Techniken

²⁾ Karl Schwarz, Der Beitrag der amtlichen Statistik zur Analyse der Ergebnisse politischer Wahlen, in: Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, hrsg. von Rudolf Wildenmann, Bd. 1 (1969), S. 156.

**Ergebnisse der Bundestagswahlen 1961—1969
nach Stimmen und Mandaten**

Wahlen:	17. September 1961				19. September 1965				28. September 1969			
Wahlberechtigte	37 440 715				38 510 395				38 677 325			
in % der Bevölkerung	69,0				67,5				66,9			
Abgegebene Stimmen	32 849 624				33 416 207				33 523 064			
in % der Wahlberechtigten	87,7				86,8				86,7			
Ungültige Stimmen	1 298 723				795 765				557 040			
in % der abgegebenen Stimmen	4,0				2,4				1,7			
	Stimmen		Mandate		Stimmen		Mandate		Stimmen		Mandate	
	ab-	in %	ab-	in %	ab-	in %	ab-	in %	ab-	in %	ab-	in %
	solut		solut		solut		solut		solut		solut	
Christlich Demokratische Union/ Christlich Soziale Union (CDU/CSU)	14 298 372	45,3	242	48,5	15 524 068	47,6	245	49,4	15 195 187	46,1	242	48,8
Sozialdemokraten (SPD)	11 427 355	36,2	190	38,0	12 813 186	39,3	202	40,7	14 065 716	42,7	224	45,2
Freie Demokratische Partei/ Deutsche Volkspartei (FDP/DVP)	4 028 766	12,8	67	13,5	3 096 739	9,5	49	9,9	1 903 422	5,8	30	6,0
Gesamtdeutsche Partei (GdP)	870 756	2,8	—	—	—	—	—	—	45 401	0,1	—	—
Zentrum	—	—	—	—	—	—	—	—	15 933	0,0	—	—
Bayernpartei (BP)	—	—	—	—	—	—	—	—	49 694	0,2	—	—
Deutsche Friedensunion (DFU)	609 918	1,9	—	—	434 182	1,3	—	—	—	—	—	—
Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF)	—	—	—	—	—	—	—	—	197 331	0,6	—	—
Deutsche Reichspartei (DRP)	262 977	0,8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nationaldemokratische Partei (NPD)	—	—	—	—	664 193	2,0	—	—	1 422 010	4,3	—	—
Sonstige	52 757	0,2	—	—	88 074	0,3	—	—	71 330	0,2	—	—
Insgesamt	31 550 901	100,0	499	100,0	32 620 442	100,0	496	100,0	32 966 024	100,0	496	100,0

Quelle: Diese und alle folgenden Tabellen wurden zusammengestellt nach der amtlichen Statistik. Für die Wahlen 1949, 1953 und 1957 nach Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 10 (1952), Bd. 100, 2 Hefte (1954), Bd. 200, 4 Hefte (1957—1961); für die Wahlen von 1961 und 1965 nach Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Fachserie A, Bevölkerung und Kultur, Reihe 8, für 1961 4 Hefte (1962—1964), für 1965 9 Hefte (1964—1967). Vgl. auch Bernhard Vogel/Rainer-Olaf Schultze, Deutschland, in: Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane, hrsg. von Dolf Sternberger und Bernhard Vogel, Red. Dieter Nohlen, Bd. I: Europa, Berlin 1969, S. 366 ff.

bleiben. Ihren Ergebnissen soll hier nicht vorgegriffen werden. Im Vorbereitungsbereich dieser Fragen kann jedoch auch der wahlstatistische Vergleich einige grundsätzliche Entwicklungen und Strukturen aufzeigen und zu einer Vielzahl von Feststellungen kommen, die ein klareres Bild von den Veränderungen im Parteienspektrum vermitteln als vereinzelt Beispiele. Den Autoren geht es zudem darum, einige bei dieser Wahl in besonderem Maße deutlich gewordene Faktoren in den größeren

Zusammenhang des Wahlsystems einzuordnen und dadurch auf ihre Relevanz für das politische System der Bundesrepublik zu überprüfen.

Für die Bundestagswahl von 1969 gilt in besonderem Maße, was bereits für die vorangegangene Wahl von 1965 hervorgehoben wurde. Ihre Ausgangsposition ist erneut — diesmal jedoch erheblich grundsätzlicher — von der ihrer Vorgängerinnen verschieden gewesen³⁾. Während man jene Wahl von 1965, vor allem,

wenn man auf das Ergebnis sieht, noch weitgehend dem Entwicklungsprozeß zuordnen muß, der sich kontinuierlich seit 1949 vollzogen und zu einem wenn nicht Zweiparteien-, so doch „zweipoligen Parteiensystem“ bei gleichbleibender Rollenverteilung von Regierung und Opposition geführt hat, so ist mit der Wahl von 1969 ein deutlicher Wandel

eingetreten. Die Bildung der Großen Koalition vom Dezember 1966 hat so weitgehende Veränderungen in den innenpolitischen Strukturen und im politischen Bewußtsein der Wähler bewirkt, daß sich diesmal nicht nur die Ausgangsposition, sondern auch die Wahl selbst und ihr Ergebnis von früheren Wahlen grundsätzlich unterscheiden.

2. Zur Interpretation des Gesamtwahlergebnisses

Das Gesamtergebnis der Bundestagswahl von 1969 setzt dennoch in gewisser Hinsicht auch die Reihe der vorangegangenen Bundestagswahlen kontinuierlich fort. Entgegen der Meinung vieler Beobachter der politischen Szene ⁴⁾ hat die Große Koalition keineswegs ein weitgehendes Desinteresse der Bevölkerung an den politischen Zeitereignissen bewirkt und zu einer verstärkten Wahlenthaltung geführt. Nicht zuletzt der fast ausschließlich gegeneinander ausgetragene Wahlkampf der beiden Partner der Großen Koalition, die scharfen Kontroversen zwischen CDU/CSU und SPD vor allem um die Wirtschaftspolitik haben dazu beigetragen, daß die Wahlbeteiligung konstant und damit weiterhin ausgesprochen hoch geblieben ist. Sie erreicht 86,7 v. H. und verfehlte die Beteiligung bei der Wahl von 1965 nur um 0,1 v. H. der Wahlberechtigten.

Eine ähnliche Kontinuität in der Entwicklung ist auch bei einer Reihe weiterer Faktoren dieses Wahlergebnisses zu beobachten. Den zahlreichen kleinen Parteien und Splittergruppen — insgesamt hatten neben den drei dem fünften Bundestag angehörenden Parteien,

CDU/CSU ⁵⁾, SPD und FDP, noch acht weitere Parteien Landeslisten zumindest in einem Bundesland aufgestellt ⁶⁾ — ist es wiederum nicht gelungen, größere Stimmengewinne zu erzielen. Der Gesamtstimmenanteil aller der Parteien, die die Fünf-Prozent-Sperrklausel nicht überspringen konnten, betrug nur 5,4 v. H. ⁷⁾; davon erreichte allein die NPD bereits 4,3 v. H. der Zweitstimmen. Außer den Nationaldemokraten erzielte nur noch die ADF mehr als 0,5 v. H. der Zweitstimmen, die dazu berechtigen, aus der staatlichen Parteienfinanzierung Wahlkampfkosten erstattet zu bekommen ⁸⁾. Gerade das schlechte Abschneiden der erstmals gemeinsam unter Einschluß der DKP kandidierenden linkssozialistischen und kommunistischen Gruppierungen war bei der Unruhe in der jüngeren Generation und den ‚wilden‘

³⁾ Hinsichtlich der Wahl von 1965 vgl. etwa Werner Kaltefleiter, *Macht ohne Konsens?*, in: *Verfassung und Verfassungswirklichkeit*, Bd. 1 (1966) S. 14 ff.

⁴⁾ So etwa auch Rudolf Wildenmann, *Die Bundesrepublik am Scheideweg. Zur Bundestagswahl 1969*, in: *Sozialwissenschaftliches Jahrbuch*, a. a. O., S. 19.

⁵⁾ CDU und CSU, die organisatorisch zwei Parteien sind und auch mit getrennten, d. h. unverbundenen Landeslisten an den Wahlen teilgenommen haben, werden im folgenden aufgrund ihrer engen Fraktionsgemeinschaft im Parlament als „eine“ Partei bezeichnet.

⁶⁾ In allen Bundesländern kandidierten nur die CDU/CSU, SPD, FDP, ADF und NPD; die Europa Partei (EP) hatte neun, die Freisoziale Union (FSU) und die Gesamtdeutsche Partei (GdP) je sechs, das Zentrum zwei sowie die Bayernpartei (BP) und die Unabhängige Arbeiterpartei (UAP) je eine Landesliste aufgestellt. Vgl. hierzu die Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes, *Die Wahlbewerber für die Wahl zum 6. Deutschen Bundestag 1969*, Stuttgart und Mainz 1969.

⁷⁾ Siehe hierzu auch S. 17.

⁸⁾ Vgl. § 18 ff. des Parteiengesetzes vom 24. Juli 1967 (BGBl. 1967/I, S. 773) mit Abänderungen vom 25. Juni 1969 (BGBl. 1969/I, S. 645) und 22. Juli 1969 (BGBl. 1969/I, S. 925).

Streiks größerer Teile der Industriearbeiterschaft kurz vor der Wahl nicht unbedingt zu erwarten, zumal die DFU bei den Wahlen von 1961 und 1965 immerhin noch 1,9 bzw. 1,3 v. H. der Stimmen erhalten hatte.

Die Annahme, daß die Große Koalition zur Desintegration des Parteiensystems beitragen würde, ist durch das Wahlergebnis eindeutig widerlegt worden. Vielmehr hat sich erneut — wie bei allen vorangegangenen Bundestags-

wahlen über 88,8 v. H. der Zweitstimmen, während auf alle neun anderen Parteien nur 11,2 v. H. entfallen sind. Der Stimmenanteil aller drei Bundestagsparteien ist allerdings infolge der Verluste der Freien Demokraten, die nur noch 61 v. H. ihrer Stimmen von 1965 behaupten konnten, geringfügig zurückgegangen.

Seit dem Wandel der SPD zu einer Volkspartei nach dem Godesberger Parteitag von 1959 stieg der Stimmenanteil der Sozialdemokraten bei allen Wahlen bis 1966; bei den Bundestagswahlen von 1961 um 4,4 v. H. auf 36,2 v. H. und 1965 um 3,1 v. H. auf 39,3 v. H. Dieser Trend setzte sich jedoch nach Bildung der Großen Koalition bei den folgenden Landtagswahlen nicht fort. Die SPD mußte vielmehr teilweise erhebliche Stimmeneinbußen hinnehmen⁹⁾. Dies führte vielfach zu der Annahme, daß sich die Ausgangsposition der SPD auch für die Bundestagswahl von 1969 verschlechtert habe und die Partei über eine geringere Basis als bei der Wahl von 1965 verfüge¹⁰⁾. Dennoch erreichte die SPD 42,7 v. H. der Zweitstimmen; der Abstand der beiden großen Parteien verringerte sich damit erneut. Die Differenz zwischen CDU/CSU und SPD ging von 18,4 v. H. im Jahre 1957 über 9,1 v. H. im Jahre 1961 auf 8,3 v. H. im Jahre 1965 zurück und beträgt nunmehr nur noch 3,4 v. H.

Tabelle II:

Zweitstimmenanteil von CDU/CSU und SPD bzw. CDU/CSU, SPD und FDP bei den Wahlen von 1949—1969

Wahljahr	CDU/CSU und SPD	CDU/CSU, SPD und FDP
1949	60,2	72,1
1953	74,0	83,5
1957	82,0	89,7
1961	81,5	94,3
1965	86,9	96,4
1969	88,8	94,6

wahlen — die Konzentration auf die beiden großen Parteien verstärkt. Sozialdemokraten und Unionsparteien verfügen jetzt zusam-

3. Regionale Differenzen

Dieser Angleichungsprozeß der beiden großen Parteien — wie er aus dem Gesamtergebnis auf Bundesebene sichtbar wird — kann jedoch kein ausreichendes Bild des Parteienspektrums in der Bundesrepublik liefern. Er darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Parteistärken regional ganz erheblich differieren. Bei der Bundestagswahl von 1969 erreichte die CDU/CSU ihr bestes Ergebnis auf Länderebene mit 54,4 v. H. in Bayern; den geringsten Stimmenanteil erzielte sie in Bremen mit 32,3 v. H. Die SPD hingegen erhielt den größten

Stimmenanteil in Hamburg mit 54,6 v. H., den niedrigsten in Bayern mit 34,6 v. H. Besonders auffällig ist, daß die Sozialdemokraten in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen, in denen sie schon immer über starke Mehrheiten verfügten, erneut überdurchschnittliche Stimmen-

⁹⁾ So 8,7 v. H. in Bremen und 8,3 v. H. in Baden-Württemberg; vgl. den Beitrag „Deutschland“ von Bernhard Vogel und Rainer-Olaf Schultze, in: Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane, a. a. O., S. 318.

¹⁰⁾ Vgl. Rudolf Wildenmann, in: Sozialwissenschaftliches Jahrbuch, a. a. O., S. 19.

gewinne erzielen konnten. Der Abstand zur CDU/CSU vergrößerte sich somit wiederum, während er 1965 zurückgegangen und damit — ähnlich wie in den Ländern mit Stimmen-

den, die zudem seit jeher relative Hochburgen der Freien Demokraten gewesen sind. Die CDU/CSU konnte damit ihre eigentlichen Verluste durch Gewinne von der FDP auffangen. Dies entspricht in gewisser Weise der Wahlentwicklung bei den Bundestagswahlen in den fünfziger Jahren, als die Unionsparteien ihre Stimmengewinne fast ausschließlich auf Kosten der kleinen bürgerlichen Parteien erzielten¹¹⁾. Die vor allem von den Sozialdemokraten aus parteipolitischen Überlegungen heraus vertretene These, daß der konservative Teil der FDP-Wählerschaft nach der programmatischen Standortveränderung der Partei in erster Linie zur CDU/CSU gewechselt ist, erfährt hier zweifellos eine Bestätigung. Dennoch kann erst eine genaue, auf empirisches Material gestützte wahlsoziologische Analyse endgültige Klarheit über die Fluktuation der FDP-Wählerschaft geben.

Für die erwähnte These spricht auch die Tatsache, daß die CDU/CSU in den Bundesländern, in denen die FDP nur unterdurchschnittliche Verluste erlitt, ihre stärksten Stimmeneinbußen hinnehmen mußte, und zugleich die SPD hier (in Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen) ihren größten prozentualen Zuwachs erzielte: Am deutlichsten wird dies in Nordrhein-Westfalen, wo — höchst wahrscheinlich aufgrund einer starken Wählerbewegung von der CDU zur SPD¹²⁾ — der Umschlag zwischen CDU und SPD erfolgte und die SPD die CDU aus ihrer führenden Position verdrängen konnte. Am geringsten sind die Abstände zwischen den beiden großen Parteien zudem in Niedersachsen und Schleswig-Holstein. In diesen drei Bundesländern gewannen dann auch die Sozialdemokraten — wie Darstellung I auf Seite 22 zeigt — die meisten Direktmandate hinzu. Wenn man die Tendenz vom Viel- zum Zweiparteiensystem als *die* Entwicklungslinie in der Bundesrepublik

mehrheit der CDU/CSU — eine Tendenz zum Abbau der regionalen Hochburgen sichtbar geworden war.

Die SPD hat 1969 in allen Bundesländern Stimmen hinzugewonnen, während der Stimmenanteil der CDU/CSU in acht Bundesländern zurückgegangen ist. Verbessern konnte sich die CDU/CSU nur in Baden-Württemberg (um 0,8 v. H.) und Hessen (um 0,6 v. H.). Die Gewinne in diesen beiden Ländern sowie die nur geringen Verluste in Niedersachsen (um 0,6 v. H.) gehen einher mit überdurchschnittlichen Stimmeneinbußen der FDP in diesen Län-

¹¹⁾ Vgl. den Beitrag „Deutschland“ von Bernhard Vogel und Rainer-Olaf Schultze, a. a. O., S. 298 ff.
¹²⁾ Die Wählerbewegung zwischen CDU und SPD wird auch bei einer Analyse auf Wahlkreisebene deutlich; siehe unten S. 32 ff. Aber auch hier können nur empirische Untersuchungen die Richtigkeit dieser These endgültig bestätigen.

Tabelle III:

**Die Abstände von CDU/CSU und SPD
in den Bundesländern
bei den Wahlen von 1961—1969
(in Prozent der Zweitstimmen)**

a) Bundesländer, in denen die SPD stimmstärkste Partei ist

	1961	1965	1969
Hamburg	15,0	10,7	20,6
Bremen	22,7	14,5	19,7
Hessen	7,9	7,9	9,8
Nordrhein-Westfalen	—	—	3,2

b) Bundesländer, in denen die CDU/CSU stimmstärkste Partei ist

	1961	1965	1969
Bayern	24,8	22,5	19,8
Baden-Württemberg	13,2	16,9	14,1
Rheinland-Pfalz	15,3	12,6	7,7
Saarland	15,5	7,0	6,3
Schleswig-Holstein	5,4	9,4	2,5
Niedersachsen	0,3	6,0	1,4
Nordrhein-Westfalen	10,3	4,5	—

annimmt, ist in diesen Bundesländern, vor allem natürlich in Nordrhein-Westfalen, die Wahlentwicklung zu einem funktionsfähigen, alternierenden Zweiparteiensystem am wei-

testen fortgeschritten, während in Baden-Württemberg und Bayern, aber auch in Hamburg und Bremen die Hochburgen stark verfestigt sind.

Tabelle IV: Zweitstimmenanteil der Parteien in den Bundesländern bei den Wahlen von 1961—1969

Wahljahr	1961	1965	1969	1961	1965	1969
Länder	Sozialdemokraten (SPD)			Unionsparteien (CDU/CSU)		
Schleswig-Holstein	36,4	38,8 (+2,4)	43,6 (+4,8)	41,8	48,2 (+6,4)	46,1 (-2,1)
Hamburg	46,9	48,3 (+1,4)	54,6 (+6,3)	31,9	37,6 (+5,7)	34,0 (-3,6)
Niedersachsen	38,7	39,8 (+1,1)	43,8 (+4,0)	39,0	45,8 (+6,8)	45,2 (-0,6)
Bremen	49,7	48,5 (-1,2)	52,0 (+3,5)	27,0	34,0 (+7,0)	32,3 (-1,7)
Nordrhein-Westfalen	37,3	42,6 (+5,3)	46,8 (+4,2)	47,6	47,1 (-0,5)	43,6 (-3,5)
Hessen	42,8	45,7 (+2,9)	48,2 (+2,5)	34,9	37,8 (+2,9)	38,4 (+0,6)
Rheinland-Pfalz	33,5	36,7 (+3,2)	40,1 (+3,4)	48,9	49,3 (+0,4)	47,8 (-1,5)
Baden-Württemberg	32,1	33,0 (+0,9)	36,6 (+3,6)	45,3	49,9 (+4,6)	50,7 (+0,8)
Bayern	30,1	33,1 (+3,0)	34,6 (+1,5)	54,9	55,6 (+0,7)	54,4 (-1,2)
Saarland	33,5	39,8 (+6,3)	39,9 (+0,1)	49,0	46,8 (-2,2)	46,2 (-0,6)
Bundesdurchschnitt	36,2	39,3 (+3,1)	42,7 (+3,4)	45,3	47,6 (+2,3)	46,1 (-1,5)

Wahljahr	1961	1965	1969	1961	1965	1969
Länder	Freie Demokraten (FDP)			Nationaldemokraten (NPD) *)		
Schleswig-Holstein	13,8	9,4 (-4,4)	5,2 (-4,2)	0,9	2,4 (+1,5)	4,3 (+1,9)
Niedersachsen	15,7	9,4 (-6,3)	6,3 (-3,1)	0,9	1,8 (+0,9)	3,5 (+1,7)
Hamburg	13,2	10,9 (-2,3)	5,6 (-5,3)	1,6	2,5 (+0,9)	4,6 (+2,1)
Bremen	15,2	11,7 (-3,5)	9,3 (-2,4)	1,1	2,7 (+1,6)	4,4 (+1,7)
Nordrhein-Westfalen	11,8	7,6 (-4,2)	5,4 (-2,2)	0,5	1,1 (+0,6)	3,1 (+2,0)
Hessen	15,2	12,0 (-3,2)	6,7 (-5,3)	0,6	2,5 (+1,9)	5,1 (+2,6)
Rheinland-Pfalz	13,2	10,2 (-3,0)	6,3 (-3,9)	2,3	2,5 (+0,2)	5,2 (+2,7)
Baden-Württemberg	16,6	13,1 (-3,5)	7,5 (-5,6)	0,7	2,2 (+1,5)	4,5 (+2,3)
Bayern	8,7	7,3 (-1,4)	4,1 (-3,2)	0,5	2,7 (+2,2)	5,3 (+2,6)
Saarland	12,9	8,6 (-4,3)	6,7 (-1,9)	0,9	1,8 (+0,9)	5,7 (+3,9)
Bundesdurchschnitt	12,8	9,5 (-3,3)	5,8 (-3,7)	0,8	2,0 (+1,2)	4,3 (+2,3)

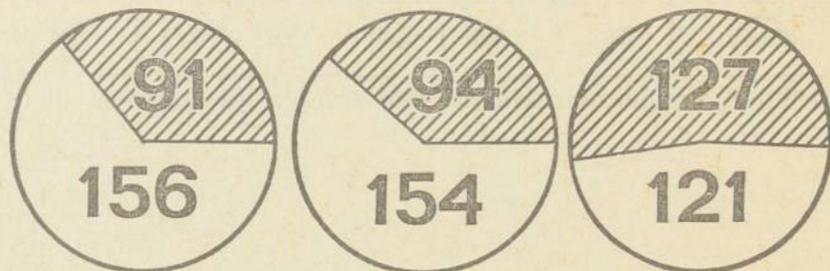
Anmerkung: *) Als Vergleichszahlen für 1961 werden die Stimmanteile der DRP eingesetzt.

Darstellung I: Die Verteilung der Wahlkreismandate nach Ländern

Bundesland 1961 1965 1969



Bundesrepublik



CDU/CSU=weiss

SPD=schraffiert

4. Das Wahlsystem und seine Bedeutung für die Mandatsstärken der Parteien

Das Wahlsystem¹³⁾ der Bundesrepublik Deutschland ist ein System der Verhältniswahl. Die Ermittlung der Mandatszahl der einzelnen Parteien im Bundestag erfolgt ausschließlich nach dem prozentualen Stimmenanteil der Parteien auf Bundesbene¹⁴⁾. Die „personalisierte Verhältniswahl“ trägt dadurch — trotz der Erststimme für Wahlkreisbewerber, an die 248 Mandate direkt in den Wahlkreisen vergeben werden¹⁵⁾ — der Zielvorstellung der Proportionalwahl weitgehend Rechnung. Sie verwirklicht die der Verhältniswahl zugrunde liegende Repräsentationsvorstellung, „daß es Aufgabe einer repräsentativen Körperschaft sei, die verschiedenen Gruppen einer Gemeinschaft so genau wie möglich gegenwärtig zu machen“¹⁶⁾.

Kennzeichnend für dieses Repräsentationsmodell ist das Verhältnis von Stimmen und Mandaten¹⁷⁾. Dabei ist zu berücksichtigen, daß eine vollkommene Kongruenz des Stimmen- und Mandatsanteils aller Parteien, die sich an einer Wahl beteiligen, in der Praxis selbst in reinen Verhältniswahlsystemen schwer zu erreichen ist¹⁸⁾. Die Verhältniswahl der Bundesrepublik enthält jedoch einige Einschränkungen: die fünfprozentige Sperrklausel¹⁹⁾, mögliche Überhangmandate, aber auch das Ver-

¹³⁾ Zur Definition siehe die „Begriffliche Einführung in die Wahlsystematik“ von Dieter Nohlen, in: Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane, a. a. O., S. 28 ff.

¹⁴⁾ Vgl. den Beitrag „Deutschland“ von Bernhard Vogel und Rainer-Olaf Schultze, ebenda, S. 292 ff.

¹⁵⁾ Zur Analyse von Erst- und Zweitstimmen siehe unten S. 27 ff.

¹⁶⁾ Carl J. Friedrich, Repräsentation und Verfassungsform in Europa, neuerdings in: Zur Theorie und Geschichte der Repräsentation und Repräsentativverfassungen, hrsg. von Heinz Rausch, Darmstadt 1968, S. 218.

¹⁷⁾ Diese Frage besitzt vor allem in Verhältniswahlsystemen Relevanz. Mehrheitswahlsysteme unterliegen nicht dem gleichen Maßstab, denn sie gehen von einer anderen Zielvorstellung politischer Repräsentation aus. Eine historische Analyse zeigt jedoch auch, daß erhebliche Unterschiede zwischen Stimmen und Mandaten, die etwa so ausschlugen, daß Sieger und Besiegte wechselten, stets zu Überprüfungen des jeweils bestehenden Mehrheitswahlsystems und oft zur Reform des Repräsentationsmodells (und damit des Wahlsystems) geführt haben.

¹⁸⁾ Selbst das in der Weimarer Republik angewandte Verrechnungsverfahren, die „Automatische Methode“, konnte keine vollkommene Deckungsgleichheit erzielen. Technisch-logische Gründe verhindern dies: Wenn — wie in der Weimarer Republik gültig — 60 000 Stimmen notwendig sind, um an der Mandatsvergabe beteiligt zu sein, muß eine Gruppe eben zumindest 60 000 Stimmen erreichen.

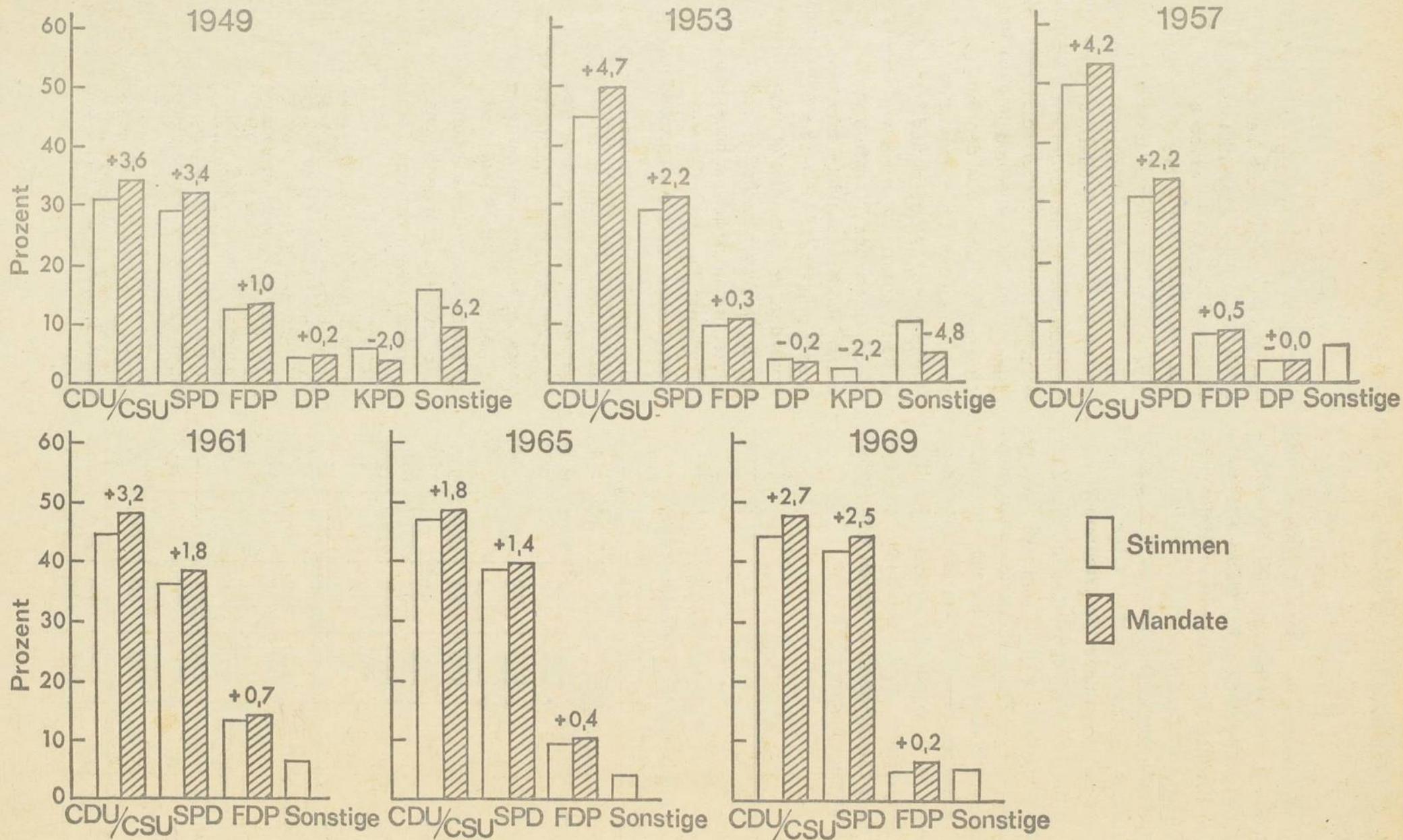
¹⁹⁾ Jede Art von Sperrklauseln durchbricht an sich von der Theorie her gesehen das proportionale Repräsentationsprinzip. So auch Dolf Sternberger, Die große Wahlreform. Zeugnisse einer Bemühung, Köln und Opladen 1964, S. 143. In der Praxis sind jedoch Sperrklauseln, die ein allgemein anerkanntes Maß nicht überschreiten, mit dem Proporzprinzip zu vereinbaren. Rahmen und Höhe sind aber äußerst enge Grenzen gesetzt. Die vom Bundesverfassungsgericht noch als mit der Verhältniswahl konform anerkannte Fünf-Prozent-Sperrklausel dürfte ein solcher Grenzwert sein. Vgl. die BVerfG Entsch. 1, 209/256; 3, 383 ff.; 4, I 40/143/380; 5, 83; 6, 94.

Zu Darstellung I

Gradzahlen für die Direktmandate:

		1961	1965	1969
Schleswig-Holstein	CDU	334,3	327,3	229,1
	SPD	25,7	32,7	130,9
Hamburg	CDU	0,0	0,0	0,0
	SPD	360,0	360,0	360,0
Niedersachsen	CDU	158,8	240,0	144,0
	SPD	201,2	120,0	216,0
Bremen	CDU	0,0	0,0	0,0
	SPD	360,0	360,0	360,0
Nordrhein-Westfalen	CDU	223,7	187,4	128,2
	SPD	136,3	172,6	231,8
Hessen	CDU	49,1	81,8	32,7
	SPD	310,9	278,2	327,3
Rheinland-Pfalz	CDU	240,0	247,5	225,0
	SPD	120,0	112,5	135,0
Baden-Württemberg	CDU	294,5	300,0	270,0
	SPD	65,5	60,0	90,0
Bayern	CSU	321,7	294,6	278,2
	SPD	38,3	65,4	81,8
Saarland	CDU	360,0	288,0	216,0
	SPD	0,0	72,0	144,0
Bundesrepublik	CDU	227,4	223,6	175,6
	SPD	132,6	136,4	184,4

Darstellung II: Die Differenz von Stimmen und Mandaten der Parteien bei den Bundestagswahlen von 1949—1969



rechnungsverfahren der Methode d'Hondt, das in geringem Maße größere gegenüber kleineren Parteien bevorzugt²⁰⁾. Diese Faktoren haben die Differenzen zwischen Stimmen- und Mandatsanteil bewirkt. Die Gültigkeit des Repräsentationsmodells der Verhältniswahl für das bundesrepublikanische Wahlsystem ver-

mögen sie jedoch nicht grundsätzlich die Frage zu stellen.

Wie die nebenstehende Darstellung zeigt, haben sich bei allen vorausgegangenen fünf Bundestagswahlen wie auch bei der diesjährigen nur geringfügige Abweichungen in der Stimmen-Mandatsrelation ergeben. Seit der Wahl von 1957 erzielten dabei — im wesentlichen eine Folge der Konzentration im Parteiensystem und Wahlverhalten — alle Parteien, die über fünf von Hundert der Zweitstimmen erhalten haben, einen größeren Mandats- als Stimmenanteil. Die drei stimmstärksten Parteien, CDU/CSU, SPD und FDP, ziehen dabei Nutzen vor allem aus der Sperrklausel. Die Bedeutung der Überhangmandate²¹⁾ für die Differenz von Stimmen- und Mandatsanteil ist äußerst gering, zumal — wie Tabelle V ausweist — bei den Wahlen von 1965 und 1969 keine Überhangmandate entstanden sind. Die Überrepräsentation der dem Bundestag angehörenden Parteien erfolgt jeweils prozentual zu ihren Stimmenanteilen und ist bei jeder Partei um so größer, je höher die Summe der Stimmenzahlen der Parteien sind, die die Sperrklausel nicht überspringen können.

Der Einfluß des Wahlsystems auf die Mandatsverhältnisse im Bundestag und damit letztlich auch auf die Regierungs- und Koalitionsbildung ist bei keiner vorangegangenen Bundestagswahl so relevant gewesen wie bei der diesjährigen. Dies kommt nicht so sehr in der endgültigen Stimmen-Mandatsrelation der dem Bundestag angehörenden Parteien zum Ausdruck, die kaum von der früherer Bundes-

Zahlenangaben zur Darstellung II

		Stimmen	Mandate
1949	CDU/CSU	31,0	34,6
	SPD	29,2	32,6
	FDP	11,9	12,9
	DP	4,0	4,2
	KPD	5,7	3,7
	Sonstige	18,2	12,0
1953	CDU/CSU	45,2	49,9
	SPD	28,8	31,0
	FDP	9,5	9,8
	DP	3,3	3,1
	KPD	2,2	—
	Sonstige	11,0	6,2
1957	CDU/CSU	50,2	54,4
	SPD	31,8	34,0
	FDP	7,7	8,2
	DP	3,4	3,4
	Sonstige	6,9	—
1961	CDU/CSU	45,3	48,5
	SPD	36,2	38,0
	FDP	12,8	13,5
	Sonstige	5,7	—
1965	CDU/CSU	47,6	49,4
	SPD	39,3	40,7
	FDP	9,5	9,9
	Sonstige	3,6	—
1969	CDU/CSU	46,1	48,8
	SPD	42,7	45,2
	FDP	5,8	6,0
	Sonstige	5,4	—

²⁰⁾ Vgl. Dieter Nohlen, Begriffliche Einführung in die Wahlsystematik, in: Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane, a. a. O., S. 48 ff.

²¹⁾ Auf das Entstehen von Überhangmandaten kann hier nicht näher eingegangen werden. Siehe dazu Karl Heinz Seifert, Das Bundeswahlgesetz. Bundeswahlordnung und wahlrechtliche Nebengesetze, 2. Aufl., Berlin und Frankfurt/M. 1965; Karl Schwarz, Die Ursache von Überhangmandaten bei Bundestagswahlen und Möglichkeiten zu ihrer Beseitigung, in: DOV Bd. 15 (1962), S. 373 ff.; vgl. auch den Artikel „Überhangmandate“ von Dieter Nohlen in dem von Kurt Sontheimer und Helmut Röhring hrsg. „Handbuch des Parlamentarismus“, das voraussichtlich im Frühjahr 1970 erscheinen wird.

Tabelle V: Überhangmandate 1949—1969

Wahljahr	Gesamtzahl	Aufteilung auf die Bundesländer und Parteien				
		Baden	Bremen	Schleswig-Holstein	Hamburg	Saarland
1949	2	1 CDU	1 SPD	—	—	—
1953	3	—	—	2 CDU	1 DP	—
1957	3	—	—	3 CDU	—	—
1961	5	—	—	4 CDU	—	1 CDU
1965	—	—	—	—	—	—
1969	—	—	—	—	—	—

tagswahlergebnisse abweicht. Die neue Regierungskoalition aus SPD und FDP erzielte dabei mit 48,5 v. H. der Zweitstimmen einen Mandatsanteil von 51,2 v. H., während die CDU/CSU bei einem Stimmenanteil von 46,1 v. H. auf 48,8 v. H. der Mandate kommt.

Auch die Gesamtzahl der nicht verwerteten Stimmen ist bei der Wahl von 1969 keineswegs überdurchschnittlich gewesen, wie ein Vergleich mit den vorausgegangenen Bundestagswahlen seit 1953²²⁾ — die Wahl von 1965 stellt mit 1 186 449 (3,6 v. H.) allerdings eine Ausnahme dar — zeigt. So wurden 1953: 1 803 026 (6,5 v. H.), 1957: 2 105 041 (6,9 v. H.) und 1961: 1 796 408 (5,7 v. H.) Stimmen nicht berücksichtigt, während bei der Wahl von 1969 die Stimmzahl der Parteien, die die Sperrklausel nicht erreicht haben, 1 801 699 (5,4 v. H.) beträgt.

Den ungleich größeren Einfluß des Wahlsystems, und hier besonders der Sperrklausel auf Mandats- und Mehrheitsverhältnisse bei der diesjährigen Wahl, haben vor allem die zahlreichen Hochrechnungen beider Fernsehanstalten in der Wahlnacht eindrucksvoll zutage treten lassen. Angesprochen sind hier

nicht so sehr die Abweichungen vom endgültigen Wahlergebnis²³⁾, die in der Wahlnacht bei der Bevölkerung wie auch den Politikern zu weitgehender Verwirrung beigetragen und zweifellos das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Aussagekraft von Hochrechnungen erschüttert haben²⁴⁾. Es ist vielmehr die von den

²³⁾ Sie betragen bei der ersten von der ARD durchgeführten Hochrechnung 1,5 v. H. zugunsten der CDU/CSU und 1,6 v. H. zuungunsten der SPD. Das Infas-Institut ermittelte dabei einen Stimmenanteil von 47,6 v. H. für die CDU/CSU und 41,1 v. H. für die SPD. Auch bei den Hochrechnungen des ZDF war die SPD zunächst deutlich unterrepräsentiert. Das ZDF gab einen Stimmenabstand zwischen den beiden großen Parteien von etwa sechs Prozent an. Das endgültige Wahlergebnis weist hingegen nur noch eine Differenz von 3,4 v. H. aus. Beide Fernsehanstalten gaben zunächst die voraussichtliche Mandatszahl der Unionsparteien mit 248 Mandaten an und schlossen somit eine, wenn auch knappe, absolute Mehrheit der CDU/CSU im Bundestag nicht aus.

²⁴⁾ Die Hochrechnungen der Fernsehanstalten sind bisher immer ziemlich genau an das endgültige Ergebnis herangekommen, so daß die Abweichungen fast zwangsläufig Verwunderung in der Öffentlichkeit hervorrufen mußten. Im Falle großer Veränderungen im Wählerverhalten und starker regionaler Differenzen können solche Abweichungen jedoch auftreten, da die Möglichkeit besteht, daß das Wahlverhalten einiger Wahlbezirke nicht mehr repräsentativ für die Bevölkerungsschichten ist, für die sie ausgewählt worden sind. Eine gewisse Rolle kann auch der zeitliche Faktor spielen; das Eintreffen der Einzelergebnisse kann eine Über- bzw. Unterrepräsentation der Parteien bewirken. Ähnlich wie die demoskopischen Umfragen sind auch die Hochrechnungen unter solchen Voraussetzungen in gewisser Weise überfordert; dies kann jedoch nicht ausreichen, sie und die ihnen zugrunde liegenden mathematischen und sozialwissenschaftlichen Methoden grundsätzlich in Frage zu stellen.

²²⁾ Die Wahl von 1949 kann nicht zum Vergleich herangezogen werden, da die Sperrklausel 1949 nur in einem Bundesland erreicht werden mußte. Erst seit dem Wahlgesetz von 1953 müssen die Parteien einen Zweitstimmenanteil von fünf Prozent im gesamten Wahlgebiet erzielen, um an der Mandatsvergabe beteiligt zu sein.

Hochrechnungen aufgezeigte Ungewißheit über das Abschneiden der NPD, die über lange Zeit vorgenommene doppelte Mandatsverteilung — zum einen unter der Prämisse, daß die NPD fünf von Hundert der Zweitstimmen erreicht und damit in den Bundestag einzieht, zum anderen unter der Prämisse, daß die NPD unter fünf von Hundert und somit von der Mandatsverteilung ausgeschlossen bleibt —, die die ganze Bandbreite der verschiedenen Koalitionsmöglichkeiten und -notwendigkeiten transparent werden ließ.

Die erneute Bildung einer großen Koalition, möglicherweise gegen den Willen eines oder sogar beider Partner, wäre wohl unumgänglich

gewesen, wenn die NPD mehr als fünf Prozent der Zweitstimmen erzielt hätte²⁵⁾. Die Bildung der kleinen Koalition aus SPD und FDP hingegen ist nur möglich geworden, weil die NPD die Sperrklausel nicht überspringen konnte. Die Hochrechnungen der Wahlnacht mit den jeweils zweifach angegebenen Mandatszahlen haben damit so deutlich wie nie zuvor erkennbar gemacht, in welchem Ausmaß die Mandatsverhältnisse im Bundestag, die Regierungsbildung und damit auch das ganze politische System unter bestimmten, durch die Stimmenanteile der Parteien gegebenen Voraussetzungen von Wahlsystem und Sperrklausel mitgeprägt werden können.

5. „Splitting“ — ein neues Phänomen im Wahlverhalten?

Ein spezifisches Element des Wahlsystems der Bundesrepublik, dem gerade nach dieser Wahl besondere Aufmerksamkeit zugekommen ist, bildet die Erst- und Zweitstimmenkonstruktion. Von der Wahlforschung ist dabei in weitaus stärkerem Maße als bei früheren Bundestagswahlen der Begriff des „Splitting“ in die Diskussion eingebracht worden. Wie eine Reihe anderer von der Wahlforschung verwandter Termini, so ist auch dieser Begriff aus der angelsächsischen, hier der amerikanischen Wahlforschung übernommen worden. Die Verwendung solcher Termini scheint jedoch nur dann methodisch unproblematisch und sinnvoll, wenn über den Begriff wie die mit ihm verbundenen Inhalte terminologisch völlige Klarheit besteht und die Bezugssysteme, in die ein solcher Begriff gestellt ist und durch die Übertragung gestellt wird, miteinander vergleichbar sind.

Der Möglichkeit des Wählers zum Splitting in den Vereinigten Staaten und zu unterschiedlicher Stimmabgabe in der Bundesrepublik liegt zunächst eine vollständig voneinander abweichende Wahlpraxis zugrunde. Die Basis in der Bundesrepublik bildet das Wahlsystem mit seinem Versuch, Mehrheitswahl und Propor-

tionalwahl, Personenwahl und Listenwahl²⁶⁾ zu kombinieren, indem die eine Hälfte der Mandate auf Wahlkreisebene und die andere Hälfte über Landeslisten vergeben werden. Jeder Wähler verfügt zu diesem Zweck für die Wahl ein und derselben Repräsentationskörperschaft über zwei Stimmen²⁷⁾: über eine

²⁵⁾ Theoretisch denkbar wären auch: 1. eine Minderheitsregierung der CDU/CSU, die sich dann zwangsläufig auf die Tolerierung durch die NPD hätte einlassen müssen; 2. die Auflösung des neugewählten Bundestages und die Ausschreibung von Neuwahlen, sofern bei der Kanzlerwahl im Bundestag kein Kandidat die absolute Mehrheit der Stimmen erreicht hätte (vgl. GG Art. 63). Beide Möglichkeiten wären in der Praxis aber wohl kaum in Erwägung gezogen worden.

²⁶⁾ Zu möglichen Listenformen siehe Dieter Nohlen, Begriffliche Einführung in die Wahlsystematik, in: Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane, a. a. O., S. 41 ff.

²⁷⁾ Formalrechtlich und in der wahlorganisatorischen Ausprägung besteht die Erst- und Zweitstimmenkonstruktion erst seit dem Wahlggesetz von 1953. Faktisch war sie jedoch bereits 1949 vorhanden. Bei der Wahl von 1949 hatte jeder Wähler zwar nur eine Stimme; diese wurde jedoch zweimal zur Mandatsermittlung herangezogen: zum einen zur Wahl der 242 Wahlkreisabgeordneten nach relativer Mehrheitswahl und zum zweiten als Stimme für die Landesliste zur Berechnung des Mandatsanteils der Parteien. Die Grundzüge des Wahlsystems sind somit seit 1949 unverändert gültig. Der Wähler konnte allerdings 1949 seine Parteipräferenz nicht unterschiedlich äußern.

Erststimme zur Wahl eines Wahlkreisabgeordneten nach relativer Mehrheitswahl in 248 Einerwahlkreisen sowie über eine Zweitstimme zur Wahl einer starren Parteiliste auf Länderebene. Der Wähler erhält somit die Möglichkeit, bei einer Bundestagswahl seine Parteipräferenz unterschiedlich zu äußern. Er kann seine Erststimme zur Wahl eines Wahlkreisabgeordneten für einen Kandidaten abgeben, der nicht notwendig der Partei angehören muß, die er grundsätzlich mit seiner Zweitstimme wählen will. Geschaffen wurden Erst- und Zweitstimmen vor allem aus der Überlegung heraus, daß auch diejenigen Wähler, die eine kleine Partei wählen wollen, die aller Voraussicht nach keine reelle Chance auf den Gewinn eines Wahlkreismandates hat, die Möglichkeit erhalten, den Kandidaten einer der Parteien zu wählen, die die relative Stimmenmehrheit im Wahlkreis erreichen können.

In den Vereinigten Staaten hingegen ist das Wahlsystem ohne irgendeinen Belang für das Splitting. Es ergibt sich dort vielmehr dadurch, daß die Präsidentschaftswahl und die Wahlen aller Repräsentationskörperschaften von der Gemeinde- bis hin zur bundesstaatlich-nationalen Ebene gleichzeitig an einem Wahltag abgehalten und zumeist auch mit nur einem Stimmzettel durchgeführt werden²⁸⁾. Abgesehen von der politischen Relevanz schafft das Splitting in den Vereinigten Staaten zunächst nur die Voraussetzung, daß der Wähler seine Parteipräferenz für die Vielzahl zu bestellender exekutiver und legislativer Organe jeweils gesondert — sei es als „straight ticket“ (ohne Änderung der Parteipräferenz bei allen Wahlen) oder als „split ticket“ (mit Änderung der Parteipräferenz bei einer, mehrerer oder auch aller Wahlen) — ausdrücken kann. So gesehen ist Splitting nichts anderes als die technische Möglichkeit, mehrere Wahlen auf einen

Termin zu konzentrieren und gegebenenfalls mit einem Stimmzettel durchzuführen, ohne dadurch zugleich die Entscheidungsfreiheit des Wählers einzuschränken.

Dem Splitting kommt jedoch in den Vereinigten Staaten zudem erhebliche politische Bedeutung zu, die sich aus dem engen Zusammenhang mit dem Verfassungssystem ergibt. Die von der amerikanischen Verfassung verwirklichte Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative, Präsident und Kongreß, die trotz aller seither entstandenen Verschränkungen das politische System noch immer grundsätzlich bestimmt, findet im Splitting ihren besonderen Ausdruck. Die Möglichkeit, seine Stimme bei der Wahl des Präsidenten für den Kandidaten der einen Partei, bei den Wahlen zum Repräsentantenhaus und Senat hingegen für die Kandidaten der gegnerischen zweiten oder auch dritten Partei abgeben zu können, erlaubt es dem amerikanischen Wähler somit, das von der Verfassung angelegte Regierungssystem selbst mit zu prägen und das gewaltenteilige Element verstärkt wirksam werden zu lassen.

Ein besonderer Einfluß auf die politischen Strukturen geht vom Splitting notwendigerweise dann aus, wenn die Partei des Präsidenten in einem oder sogar beiden Häusern des Kongresses nicht über die Mehrheit der Mandate verfügt und der Präsident damit zu verstärkter Zusammenarbeit mit der „Oppositionspartei“ gezwungen ist²⁹⁾. Das Splitting verliert seine grundsätzliche Bedeutung jedoch nicht, falls eine solche Konstellation zwischen

²⁹⁾ Diese Konstellation ergibt sich aufgrund des amerikanischen Parteiensystems vornehmlich dann, wenn der Kandidat der Republikaner die Präsidentschaftswahl gewinnen kann. So sehen sich die beiden letzten republikanischen Präsidenten, Eisenhower und Nixon, jeweils einer demokratischen Mehrheit im Repräsentantenhaus gegenübergestellt. Falls alle Wähler, die sich 1956 für Eisenhower entschieden haben, gleichzeitig auch für die republikanischen Kandidaten zum Repräsentantenhaus gestimmt hätten, hätte Eisenhower im Repräsentantenhaus über eine Mehrheit von 328 zu 107 Mandaten verfügt. Das Splitting bewirkte jedoch, daß die Demokraten eine Mehrheit von 29 Mandaten erhielten.

²⁸⁾ Dies gilt jedoch nicht für die gesamten Vereinigten Staaten. Aufgrund der bundesstaatlichen Struktur der USA fällt die Wahlgesetzgebung mit Ausnahme der Verfassungsbestimmungen in die Kompetenz der Einzelstaaten. In einigen Bundesstaaten gibt es daher für die verschiedenen Wahlen mehrere Stimmzettel.

Exekutive und Legislative nicht eintritt und die Partei des Präsidenten die Mehrheit im Kongreß innehat. Wie amerikanische Wahluntersuchungen³⁰⁾ gezeigt haben, erreicht der siegreiche Präsidentschaftskandidat zumeist in einer größeren Zahl der Repräsentantenhauswahlkreise die Stimmenmehrheit als die Kandidaten seiner Partei bei den Wahlen zum Repräsentantenhaus, während die Partei des unterlegenen Kandidaten relativ besser abschneidet als ihr Bewerber um die Präsidentschaft. Dem amerikanischen Wähler dient das Splitting folglich vor allem dazu, dem von ihm gewählten Präsidenten mit dem Repräsentantenhaus ein Element der Kontinuität und Stabilität gegenüberzustellen³¹⁾. Seine Funktion besteht im wesentlichen darin „to strengthen the checks on power of the President that are built into the American system of government“³²⁾.

Das Splitting bildet somit einen entscheidenden integralen Bestandteil des amerikanischen Regierungssystems, von dem maßgeblicher Einfluß auf die politischen Strukturen ausgeht. Der Begriff des Splitting ist dadurch so spezifisch determiniert, daß eine Übertragung auf die Erst- und Zweitstimmenkonstruktion in der Bundesrepublik nicht unproblematisch erscheint. Zudem kommt der Erststimme für das parlamentarische Regierungssystem der Bundesrepublik nur ganz geringe Bedeutung zu. Die Mandatsverhältnisse im Bundestag können von ihr in aller Regel nicht oder doch nur unerheblich beeinflußt werden³³⁾. Der ausschlaggebende Faktor des Wahlsystems ist die Zweitstimme, die allein die Grundlage für die Mandatsermittlung darstellt. Auch eine solche, vornehmlich funktionale Sicht spricht gegen die Verwendung des Begriffes. Beide Faktoren

³⁰⁾ Siehe hierzu vor allem die Untersuchung von Milton C. Cummings Jr., *Congressmen and the Electorate. Elections for the US-House and the President, 1920—1964*, New York/London 1966; dort auch weitere Literaturangaben.

³¹⁾ Vgl. ebenda, S. 55.

³²⁾ Ebenda, S. 30.

³³⁾ Einfluß auf die Mandatsstärke der Parteien im Bundestag erhält die Erststimme nur dann, wenn es zu Überhangmandaten kommt. Siehe hierzu oben S. 23 ff.

sollten zumindest Anlaß sein, den Gebrauch des Begriffes Splitting in Frage zu stellen.

Von der Möglichkeit, Erst- und Zweitstimmen unterschiedlich abzugeben, ist bisher bei den Bundestagswahlen nur relativ wenig Gebrauch gemacht worden. Bei der Wahl von 1965 ist allerdings im Vergleich zur vorausgegangenen Wahl eine minimale Zunahme eingetreten³⁴⁾. So gaben 1961 93,7 v. H. und 1965 nur noch 91,4 v. H. der Wähler Erst- und Zweitstimme einheitlich ab. Wie die Repräsentativauszählungen des Statistischen Bundesamtes³⁵⁾ zeigen, ist dabei die unterschiedliche Stimmabgabe der Wähler, die mit der Zweitstimme eine der beiden großen Parteien gewählt haben, äußerst gering gewesen, während die Wähler kleinerer Parteien, vor allem die der FDP, in weitaus stärkerem Maße von dieser Möglichkeit des Wahlsystems Gebrauch machten. Von 100 FDP-Wählern unterstützten 1961 nur 86 und 1965 sogar nur 70 den Wahlkreiskandidaten ihrer Partei. Von dieser unterschiedlichen Stimmabgabe profitierten bei den vorangegangenen Bundestagswahlen vornehmlich die Wahlkreisbewerber der CDU/CSU, und zwar 1957 im Verhältnis von 2 : 1, 1961 von 2,6 : 1 und 1965 von 3 : 1 gegenüber den Sozialdemokraten³⁶⁾.

Für die Bundestagswahl von 1969 liegen die Ergebnisse der Repräsentativauszählungen

³⁴⁾ Bei den Wahlen von 1953 und 1957 war der Anteil der Wähler, die Erst- und Zweitstimme unterschiedlich abgaben, höher. So betrug er z. B. 1957 10,7 v. H. Die Wahlen von 1953 und 1957 können zum Vergleich nur bedingt herangezogen werden, da die CDU/CSU in zahlreichen Wahlkreisen mit den kleinen Parteien Wahlabsprachen eingegangen war und auf die Nominierung eines Wahlkreiskandidaten verzichtete. Zudem war der Stimmenanteil der kleineren Parteien erheblich höher, so daß auch die Differenz zwischen Erst- und Zweitstimmen fast automatisch größer sein mußte.

³⁵⁾ Veröffentlicht in den Textheften zu den jeweiligen Bundestagswahlen, für 1953 und 1957 in den Bden. 100 und 200, für 1961 und 1965 innerhalb der Fachserie A, Bevölkerung und Kultur, Reihe 8.

³⁶⁾ Vgl. Hartmut Jäckel, *Die Auswirkungen einer Wahlrechtsreform. Methodische Bemerkungen zur Analyse von Wahlsystemen und Wahlergebnissen*, in: PVS 7. Jg. (1966), S. 537 ff.; dort auch eine eingehende Analyse der Bedeutung der Erststimmen im Hinblick auf eine Revision des Wahlsystems.

**Tabelle VI: Ergebnisse der Bundestagswahlen
1961—1969 nach Erst- und Zweitstimmen**

Wahlen	17. September 1961				19. September 1965				28. September 1969			
Ab- gegebene	32 849 624				33 416 207				33 523 064			
	Erststimmen		Zweitstimmen		Erststimmen		Zweitstimmen		Erststimmen		Zweitstimmen	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Gültige Stimmen	32 004 466	97,3	31 550 901	96,0	32 437 049	97,1	32 620 442	97,6	32 713 518	97,3	32 966 024	98
Ungültige Stimmen	845 158	2,7	1 298 723	4,0	979 158	2,9	795 765	2,4	809 546	2,7	557 040	1
CDU/CSU	14 727 737	46,0	14 298 372	45,3	15 835 967	48,8	15 524 068	47,6	15 231 324	46,6	15 195 187	46
SPD	11 672 057	36,5	11 427 355	36,2	12 998 474	40,1	12 813 186	39,3	14 402 374	44,0	14 065 716	42
FDP	3 866 269	12,1	4 028 766	12,8	2 562 294	7,9	3 096 739	9,5	1 554 651	4,8	1 903 422	5
GdP	859 290	2,7	870 756	2,8	—	—	—	—	—	—	45 401	0
Zentrum	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15 933	0
BP	—	—	—	—	—	—	—	—	54 940	0,2	49 694	0
DFU	587 488	1,8	609 918	1,9	386 900	1,2	434 182	1,3	—	—	—	—
ADF	—	—	—	—	—	—	—	—	209 180	0,6	197 331	0
DRP	242 649	0,8	262 977	0,8	—	—	—	—	—	—	—	—
NPD	—	0,1	—	—	587 216	1,8	664 193	2,0	1 189 375	3,6	1 422 010	4
Sonstige	48 976	—	52 757	0,2	66 198	0,2	88 074	0,3	71 674	0,2	71 330	0
Insgesamt	32 004 466	100,0	31 550 901	100,0	32 437 049	100,0	32 620 442	100,0	32 713 518	100,0	32 966 024	100

noch nicht vor^{36a)}. Endgültige Aussagen über die Abgabe von Erst- und Zweitstimmen können deshalb noch nicht gemacht werden. Dennoch müssen 1969 erhebliche Veränderungen eingetreten sein, die in ihrer Tendenz bereits aus den vorhandenen absoluten Zahlen sichtbar werden. Ganz allgemein wird man die These aufstellen können, daß die Wähler in viel stärkerem Maße als bei den vorangegangenen Wahlen Erst- und Zweitstimmen unter-

^{36a)} Wahrung der Drucklegung, jedoch nach Abschluß des Manuskriptes sind die ersten Veröffentlichungen von Repräsentativauszählungen der Statistischen Landesämter für einzelne Bundesländer erschienen (so für Baden-Württemberg und Hessen). Sie bestätigen im allgemeinen die im folgenden gemachten Aussagen und bekräftigen vor allem auch die Veränderungen im Wahlverhalten der FDP-Wählerschaft. Im einzelnen konnten die Ergebnisse der Sonderauszählungen leider nicht mehr berücksichtigt werden.

Tabelle VII: Differenz von Erst- und Zweitstimmen bei den Wahlen von 1961—1969 nach Wahlkreisen

Wahljahr	weniger Erststimmen erhielten in Wahlkreisen		mehr Erststimmen erhielten in Wahlkreisen	
	SPD	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU
1961	18	18	230	230
1965	67	56	181	192
1969	54	114	194	134

schiedlich abgegeben haben. Dies ist nicht zuletzt auch eine Folge der Großen Koalition. Die Zusammenarbeit von Unionsparteien und Sozialdemokraten in der Regierung hat zweifellos die Bereitschaft der Parteianhänger beider Par-

Tabelle VIII: Differenz zwischen Erst- und Zweitstimmen bei den Wahlen 1961—1969 nach Wahlkreisen und Stimmendifferenzen

Stimmendifferenz	SPD						CDU/CSU					
	weniger Erststimmen in Wahlkreisen			mehr Erststimmen in Wahlkreisen			weniger Erststimmen in Wahlkreisen			mehr Erststimmen in Wahlkreisen		
	1961	1965	1969	1961	1965	1969	1961	1965	1969	1961	1965	1969
unter 500	18	38	18	58	49	35	14	21	42	22	26	20
500—1000	—	17	19	71	52	31	3	17	27	28	25	42
1000—2000	—	11	12	73	49	51	1	11	23	92	59	41
2000—3000	—	—	3	24	21	36	—	2	10	51	51	21
über 3000	—	1	2	4	10	41	—	5	12	37	31	10
Insgesamt	18	67	54	230	181	194	18	56	114	230	192	134

teilen, den Wahlkreisbewerber des jeweiligen Partners zu unterstützen, wesentlich vergrößert. Vor allem ein nicht geringer Teil der CDU/CSU-Wähler dürfte bei dieser Wahl mit seiner Erststimme den Wahlkreiskandidaten der SPD gewählt haben. Für ein solches Wahlverhalten spricht insbesondere die Tatsache, daß sich die Zahl der Wahlkreise, in denen der Kandidat der CDU/CSU weniger Erststimmen erhielt als seine Partei Zweitstimmen, im Vergleich zur Wahl von 1965 fast verdoppelt hat. Aus der obenstehenden Tabelle VIII wird zudem deutlich, daß sich auch in den Wahlkreisen, in denen die Wahlkreiskandidaten der CDU/CSU weiterhin mehr Erststimmen als ihre Partei Zweitstimmen erzielen konnten, ihr Stimmenvorsprung erheblich verringert hat, während bei den Kandidaten der SPD im Vergleich zu den Wahlen von 1961 und 1965 genau die entgegengesetzte Entwicklung eingetreten ist. In einer Reihe von Wahlkreisen ging dies sicherlich auf die Persönlichkeit des CDU/CSU-Kandidaten zurück. Die Tendenz selber wird dadurch jedoch nicht grundsätzlich in Frage gestellt, zumal auch die NPD, die in allen 248 Wahlkreisen Kandidaten nominiert hatte, wesentlich weniger Erst- als Zweitstimmen erzielte und man vermuten darf, daß die Mehrzahl der NPD-Wähler, die Erst- und

Zweitstimme unterschiedlich abgegeben haben, mit ihrer Erststimme den Wahlkreisbewerber der CDU/CSU unterstützt haben³⁷⁾. Dennoch erreichte die CDU/CSU im gesamten Bundesgebiet nur 36 137 mehr Erst- als Zweitstimmen, während die SPD einen Erststimmenüberschuß von 336 658 Stimmen erzielte.

Ausschlaggebend für diese Entwicklung muß wohl eine Veränderung im Wahlverhalten der FDP-Wähler gewesen sein, die erneut in größerem Umfang von der Möglichkeit, Erst- und Zweitstimmen getrennt abzugeben, Gebrauch gemacht haben dürften. Die Differenz zwischen Erst- und Zweitstimmen ist zwar aufgrund der beträchtlichen Verluste der Freien Demokraten von 534 455 auf 348 771 zurückgegangen, doch stieg die prozentuale Differenz (Prozentsatz der weniger erzielten Erststimmen an den jeweils erzielten Zweitstimmen) von 1965 17,2 v. H. auf 18,3 v. H. an. Im Gegensatz zu früheren Bundestagswahlen müssen dabei die

³⁷⁾ Auch hier kann erst die Repräsentativauszählung des Statistischen Bundesamtes über die Richtigkeit dieser These endgültig Klarheit schaffen. Bei der Wahl von 1965 gaben von den NPD-Wählern, die ihre Stimme aufspalteten, doppelt so viele ihre Erststimme für die Wahlkreisbewerber der CDU/CSU ab als für die der SPD.

FDP-Wähler, die ihre Stimme aufgespalten haben, zumindest in erheblich stärkerem Ausmaß als bisher, wenn nicht sogar in ihrer Mehrheit, die Wahlkreiskandidaten der SPD gewählt haben. Beeinflußt haben dieses Wahlverhalten sicherlich auch die programmatische Annäherung der FDP an die SPD und die kurz vor der Wahl deutlich gewordene Absicht der FDP-Führung, eine Regierungskoalition mit den Sozialdemokraten einzugehen, falls dies zahlenmäßig im Bundestag möglich sein sollte.

Die Veränderungen im Wählerverhalten bei der Bundestagswahl von 1969 dürfen jedoch nicht dazu führen, daß der unterschiedlichen Stimmabgabe zu großes Gewicht beigemessen wird. So wurde unmittelbar nach der Wahl vorgeschlagen, die Bezeichnung Erst- und Zweitstimme durch die von „Personal-“ und „Parteistimme“ zu ersetzen³⁸⁾. Dies wird jedoch der Motivation der Wahlentscheidung nicht gerecht. Die Stimmabgabe für den Wahlkreiskandidaten ist auch weiterhin bei der überwiegenden Mehrzahl der Wähler identisch mit der für die Partei. Dies zeigt sich vor

allem auch darin, daß die Erststimmenmehrheit in den Wahlkreisen nur in seltenen Fällen von der Zweitstimmenmehrheit abweicht. Die Häufigkeit, daß ein Kandidat mit der Erststimme im Wahlkreis siegte, obwohl seine Partei nach Zweitstimmen unterlag, war 1953 32, 1957 13³⁹⁾, 1961 sechs, 1965 neun und 1969 acht. Für die Wahlentscheidung bleibt die Parteipräferenz des Wählers ausschlaggebend. Die unterschiedliche Stimmabgabe der Wähler kleinerer Parteien steht dem nicht grundsätzlich entgegen. Auch hier beruht die Entscheidung des Wählers zugunsten des einen oder anderen Wahlkreisbewerbers in erster Linie auf der Überlegung, für welche Partei dieser kandidiert. Gerade auch das Wahlverhalten der FDP-Wähler, die bei der Bundestagswahl von 1969 ihre Erst- und Zweitstimme aufspalteten, bekräftigt dies. Von einer Personalentscheidung des Wählers kann bei der Erststimme nur sehr bedingt gesprochen werden, zumal die Stimmabgabe für die Kandidaten in Einerwahlkreisen bei relativer Mehrheitswahl identisch mit der Parteipräferenz des Wählers ist und umgekehrt⁴⁰⁾.

6. Die Wahlentwicklung in den Wahlkreisen

Die Veränderungen in den Stimmenanteilen der Parteien bei der Bundestagswahl von 1969, die bei der regionalen Analyse bereits deutlich geworden sind⁴¹⁾, werden bei der Auswertung der einzelnen Wahlkreisergebnisse verstärkt sichtbar. In den folgenden Tabellen auf den Seiten 33 und 34 werden die Wahlkreise aufgeführt, in denen die beiden großen Parteien, SPD und CDU/CSU, ihre höchsten bzw. Abnahmen und die FDP ihre höchsten

bzw. geringsten Verluste zu verzeichnen hatten⁴²⁾. Auffällig ist dabei zunächst, daß — von wenigen Ausnahmen abgesehen — die Wahlkreise in den sechs Tabellen mehrmals erscheinen. Besonders starke Verluste einer Partei haben somit zu hohen Stimmengewinnen einer der beiden anderen Parteien geführt⁴³⁾. Diese Korrelation trifft vor allem für die CDU und SPD zu. Zehn der aufgeführten elf Wahlkreise, in denen die CDU

³⁸⁾ Dieser Vorschlag wurde von Frau Noelle-Neumann am 1. Oktober 1969 im ZDF-Magazin gemacht. Er diene wohl vornehmlich dazu, eine Motivation für die in der Tendenz richtige, in den Zahlen aber erheblich abweichende Wahlvoraussage des Allensbacher Instituts zu geben, da die Prozentzahlen der Voraussage näher an das Ersts- als Zweitstimmenergebnis herangekommen war.

³⁹⁾ Davon 1953 15 mal und 1957 fünf mal aufgrund von Wahlabsprachen.

⁴⁰⁾ Siehe hierzu die „Begriffliche Einführung in die Wahlstatistik“, in: Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane, a. a. O., S. 37 ff.

⁴¹⁾ Vgl. oben S. 19 ff.

⁴²⁾ Angegeben jeweils in Prozent der gültigen Zweitstimmen.

⁴³⁾ Dies gilt allerdings nicht für die FDP.

ihre größten prozentualen Stimmeneinbußen hinnehmen mußte — die Ausnahme bildet der Wahlkreis 77 Neuß-Grevenbroich —, gehören zugleich zu den 16 Wahlkreisen mit den höch-

sten Stimmengewinnen der SPD. Alle diese Wahlkreise liegen in Nordrhein-Westfalen. Sie umfassen vornehmlich stark urbanisierte Gebiete.

**Tabelle IX: Wahlkreise mit den höchsten Zunahmen der SPD
(in Prozent der abgegebenen gültigen Zweitstimmen)**

Wahlkreis	SPD	CDU	FDP
60 Köln II	+10,2	-9,3	-1,5
61 Köln III	+10,0	-9,6	-1,2
66 Rheinisch-Berg. Kreis	+ 9,7	-8,2	-2,2
58 Köln-Land	+ 9,5	-9,0	-1,5
95 Münster	+ 9,4	-7,7	-2,9
64 Siegkreis-Bonn	+ 8,7	-7,7	-2,7
63 Bonn	+ 8,6	-5,8	-4,2
59 Köln I	+ 8,5	-8,7	-0,9
62 Köln IV	+ 8,2	-8,2	-0,7
166 Stuttgart III	+ 7,4	+1,2	-7,9
15 Hamburg I	+ 7,3	-3,8	-3,8
16 Hamburg II	+ 7,3	-4,3	-3,4
190 Freiburg	+ 7,3	-3,0	-4,8
57 Bergheim	+ 7,2	-7,8	-1,2
22 Oldenburg	+ 7,1	-0,9	-8,4
14 Eimsbüttel	+ 7,1	-4,4	-3,1

Auch die übrigen sechs Wahlkreise sind städtische Wahlkreise (Hamburg, Freiburg, Stuttgart, Oldenburg). Aus der weitgehenden Übereinstimmung von maximalen SPD-Gewinnen und CDU-Verlusten wird man eine starke Wählerbewegung von der CDU hin zur SPD schließen können, die um so stärker wird, je höher der Grad der Urbanisierung in den Wahlkreisen ist. Hinzu kommt dabei, daß dieses Wählerverhalten vornehmlich in den Wahlkreisen eingetreten ist, in denen die Entwicklung zum Zweiparteiensystem besonders stark vorangeschritten war. Dem entspricht auch die Tatsache, daß mit Ausnahme des Wahlkreises 245 Saarbrücken-Land alle Wahlkreise mit den größten SPD-Verlusten in Bayern liegen. Vor allem in Bayern besteht somit die Asymmetrie des Parteiensystems zuungunsten der SPD weiter fort.

Die Freien Demokraten erlitten in der Mehrzahl der Wahlkreise mit den größten SPD-Gewinnen und CDU-Verlusten nur unterdurchschnittliche Verluste. Die Ausnahmen, die

**Tabelle X: Wahlkreise mit den stärksten Stimmeneinbußen der CDU
(in Prozent der abgegebenen gültigen Zweitstimmen)**

Wahlkreise	CDU	SPD	FDP
61 Köln III	-9,6	+10,0	-1,2
60 Köln II	-9,3	+10,2	-1,5
58 Köln-Land	-9,0	+ 9,5	-1,5
66 Rheinisch-Berg. Kreis	-8,2	+ 9,7	-2,2
59 Köln I	-8,7	+ 8,5	-0,9
62 Köln IV	-8,2	+ 8,2	-0,7
57 Bergheim	-7,8	+ 7,2	-1,2
95 Münster	-7,7	+ 9,4	-2,9
64 Siegkreis-Bonn	-7,7	+ 8,7	-2,7
77 Neuß-Grevenbroich	-6,8	+ 6,6	-1,9
63 Bonn	-5,8	+ 8,6	-4,2

**Tabelle XI: Wahlkreise mit den stärksten Stimmeneinbußen der SPD
(in Prozent der abgegebenen gültigen Zweitstimmen)**

Wahlkreise	SPD	CDU/ CSU	FDP
213 Deggendorf	-2,7	-0,9	-1,4
215 Passau	-2,5	+0,5	-1,1
220 Regensburg	-1,8	+0,4	-2,4
238 Augsburg	-1,6	+2,1	-3,3
245 Saarbrücken-Land	-1,1	-0,3	-1,8
200 Altötting	-1,0	-2,5	-2,0
222 Bamberg	-0,8	+0,2	-2,9
216 Straubing	-0,6	-1,7	-2,0

Wahlkreise Bonn, Stuttgart, Hamburg I, Freiburg und Oldenburg, sind solche Wahlkreise, in denen die FDP bei der Bundestagswahl von

**Tabelle XII: Wahlkreise mit den geringsten Abnahmen der FDP
(in Prozent der abgegebenen gültigen Zweitstimmen)**

Wahlkreis	FDP	CDU	SPD
101 Bottrop-Gladbeck	-0,3	-4,0	+3,7
88 Essen II	-0,5	-2,7	+2,1
115 Dortmund II	-0,6	-2,7	+1,8
62 Köln IV	-0,7	-8,2	+8,2
111 Herne	-0,7	-3,0	+2,8
59 Köln I	-0,9	-8,7	+8,5
97 Gelsenkirchen	-0,9	-2,5	+2,1
110 Wanne Eickel	-0,9	-2,0	+1,4
85 Oberhausen	-1,0	-3,9	+3,6
100 Recklinghausen	-1,0	-3,7	+3,0

1965 einen über ihrem Stimmenanteil im Bundesgebiet liegenden Prozentsatz an Zweitstimmen erreicht hatte. Ihre geringsten Stimmverluste hat die FDP im Gegensatz dazu vornehmlich in denjenigen Wahlkreisen hinnehmen müssen, in denen sie bereits bei früheren Wahlen nur geringe Stimmanteile erzielt hatte. In sieben der zehn angeführten Wahlkreise, die zudem alle wiederum in Nordrhein-West-

**Tabelle XIII: Wahlkreise mit den stärksten Abnahmen der FDP
(in Prozent der abgegebenen gültigen Zweitstimmen)**

Wahlkreis	FDP	CDU	SPD
126 Waldeck	-12,4	+4,9	+2,0
129 Fritzlar-Homberg	-11,0	+4,0	+2,0
168 Heilbronn	-10,4	+4,5	+4,7
195 Calw	- 8,8	+3,8	+3,5
175 Schwäbisch-Gemünd	- 8,4	+1,3	+4,1
22 Oldenburg	- 8,4	-0,9	+7,1
177 Waiblingen	- 8,2	+2,4	+4,9
165 Stuttgart II	- 7,9	+2,2	+6,7
166 Stuttgart III	- 7,9	+1,2	+7,4
133 Gießen	- 7,9	+3,0	+0,6
31 Lüneburg	- 7,1	-0,7	+3,6
197 Balingen	- 7,1	+3,8	+1,3

falen liegen, war die FDP schon 1965 unter fünf von Hundert der Zweitstimmen geblieben. Im Wahlkreis Recklinghausen blieb sie auch bei dieser Wahl unter diesem Prozentsatz. Nur in den beiden Kölner Wahlkreisen konnte sie auch 1969 mehr als fünf von Hundert der Zweitstimmen erreichen.

Ihre größten Verluste mußte die FDP in den Wahlkreisen hinnehmen, die bei den vorangegangenen Wahlen ihre Hochburgen gewesen waren. Von den hier angeführten zwölf Wahlkreisen mit Stimmeneinbußen von mehr als sieben von Hundert der abgegebenen Zweitstimmen sind acht — die Ausnahmen bilden

**Tabelle XIV: Wahlkreise mit den höchsten Zunahmen der CDU/CSU
(in Prozent der abgegebenen gültigen Zweitstimmen)**

Wahlkreis	CDU	SPD	FDP
126 Waldeck	+4,9	+2,0	-12,4
168 Heilbronn	+4,5	+4,7	-10,4
129 Fritzlar-Homberg	+4,0	+2,0	-11,0
195 Calw	+3,8	+3,5	- 8,8
197 Balingen	+3,8	+1,3	- 7,1
167 Ludwigsburg	+3,1	+2,2	- 6,3
182 Pforzheim-Karlsruhe	+3,1	+1,0	- 4,0
133 Gießen	+3,0	+0,9	- 7,9
188 Waldshut	+2,8	+0,9	- 5,2
39 Celle	+2,5	+2,7	- 6,2

Gießen, Lüneburg und Balingen — identisch mit den Wahlkreisen, in denen die FDP bei der Wahl von 1965 ihre besten Ergebnisse im Bundesgebiet erzielt hatte. So erlitt sie im Wahlkreis Waldeck, der 1965 mit 20,6 v. H. an der Spitze aller Wahlkreise stand, 1969 mit einer Abnahme von 12,4 v. H. ihren größten Stimmenrückgang. Die schon bei der Analyse des Wahlergebnisses auf Länderebene zutage getretene Korrelation zwischen den FDP-Verlusten und CDU-Gewinnen wird auf Wahlkreisebene noch wesentlich deutlicher. In allen Wahlkreisen mit der größten CDU-Zunahme

Tabelle XV: Die Entwicklung der Parteien in den Städten über 100 000 Einwohner im Hinblick auf die Wahlkreismandate 1957—1969 *)

	1957		1961		1965		1969	
	CDU/ CSU	SPD	CDU/ CSU	SPD	CDU/ CSU	SPD	CDU/ CSU	SPD
Aachen	1		1		1		1	
Augsburg	1		1		1		1	
Bielefeld	1			1		1		1
Bochum	1			1		1		1
Bonn	1		1		1		1	
Bottrop-Gladbeck	1		1		1			1
Braunschweig	1			1		1		1
Bremen		2		2		2		2
Bremerhaven		1		1		1		1
Darmstadt		1		1		1		1
Dortmund		3		3		3		3
Düsseldorf	3		3		2	1	1	2
Duisburg	2			2		2		2
Essen	2	1	1	2	1	2		3
Frankfurt	2	1		3		3		3
Freiburg	1		1		1		1	
Fürth	1		1		1		1	
Gelsenkirchen		2		2		2		2
Hagen	1			1		1		1
Hamburg	1	7		8		8		8
Hannover		3		3		3		3
Heidelberg	1		1		1			1
Herne/Castrop-Rauxel	1			1		1		1
Karlsruhe	1		1		1			1
Kassel		1		1		1		1
Kiel	1			1		1		1
Koblenz	1		1		1		1	
Köln	4		4		2	2		4
Krefeld	1		1		1			1
Leverkusen/Opladen	1		1			1		1
Ludwigshafen		1		1		1		1
Lübeck	1		1		1			1
Mainz	1		1		1			1
Mannheim	1	1	1	1		2		2
Mönchengladbach	1		1		1		1	
Mülheim	1			1		1		1
München	5		2	3	1	4		5
Münster	1		1		1		1	
Nürnberg	2		1	1		2		2
Oberhausen	1		1			1		1
Offenbach		1		1		1		1
Oldenburg	1		1		1			1
Osnabrück	1		1		1		1	
Recklinghausen	1		1			1		1
Regensburg	1		1		1		1	
Remscheid	1		1		1			1
Reydt/Grevenbroich	1		1		1		1	
Saarbrücken			1			1		1
Salzgitter	1			1		1		1
Solingen	1		1			1		1
Stuttgart	3			3	2	1		3
Ulm	1		1		1		1	
Wanne-E./Wattensch.		1		1		1		1
Wiesbaden	1			1		1		1
Wilhelmshaven	1		1		1			1
Witten (Bochum-)		1		1		1		1
Würzburg	1		1		1		1	
Wuppertal	2		2			2		2
Insgesamt	62	27	41	49	30	60	14	76

*) Angeführt sind hier alle Wahlkreise, die Städte mit mehr als 100 000 Einwohner umschließen. Da Wahlkreis- und Stadtgrenzen nicht immer identisch sind, schließen einige der hier angeführten Wahlkreise auch ländliche Gebiete mit ein.

mußte die FDP Stimmeneinbußen hinnehmen, die erheblich über den Bundesdurchschnitt liegen. Mit Ausnahme der Wahlkreise Calw und Heilbronn erzielte die SPD in diesen Wahlkreisen nur unterdurchschnittliche Stimmengewinne. In zehn der zwölf Wahlkreise mit den maximalen Verlusten der Freien Demokraten konnte die CDU teilweise erhebliche Stimmenanteile hinzugewinnen. Die These, daß ein Teil der FDP-Wählerschaft zur CDU gewechselt ist, erfährt durch diese Ergebnisse ihre grundsätzliche Bestätigung. Sie muß jedoch insofern modifiziert werden, als es in mehreren dieser Wahlkreise auch der SPD gelungen ist, überdurchschnittliche Stimmengewinne zu erzielen. Dies braucht aber nicht notwendig auf einer direkten Wählerbewegung zwischen FDP und SPD zu beruhen, obwohl auch ein solches Wählerverhalten nicht auszuschließen ist. In diesen vornehmlich städtischen Wahlkreisen dürften sich vielmehr zwei Entwicklungslinien im Wahlverhalten gekreuzt und teilweise ausgeglichen haben. Die starken Verluste der FDP dürften weitgehend der CDU zugute gekommen sein, die durch diese Stimmengewinne die Fluktuation ihrer Wähler zur SPD auffangen konnte. Die Höhe der Zunahme ist dabei — wie auch die Stärke der CDU-Verluste in den Wahlkreisen, in denen die FDP-Wählerschaft bereits bei den vorangegangenen Wahlen relativ gering gewesen ist — in erster Linie von dem Grad der Urbanisierung und Industrialisierung abhängig.

Innerhalb der Gesamtwählerschaft der Sozialdemokraten hat bei allen Bundestagswahlen ein deutliches Übergewicht der städtischen Wähler bestanden, während sich die Wählerschaft der Unionsparteien in ihrer Mehrheit stets aus ländlichen Wählerschichten zusammensetzte⁴⁴⁾. Wie die Tabelle XV zeigt, konnte sich die CDU/CSU bis zur Wahl von 1961 aber auch in den großstädtischen Wahlkreisen relativ gut behaupten. Mit der Wahl von 1961 verstärkte sich der Gegensatz von

⁴⁴⁾ Vgl. hierzu den Beitrag „Deutschland“, in: Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane, a. a. O., S. 308 ff.

Stadt und Land jedoch in erheblichem Ausmaß. Auf der einen Seite stieg der Anteil der ländlichen Wähler an der CDU/CSU-Wählerschaft und auf der anderen beruhten die Stimmengewinne der SPD seit ihrem Wandel zur Volkspartei in erster Linie auf einem überdurchschnittlichen Stimmenzuwachs städtischer Wählerschichten. Auch bei der Wahl von 1969 hat sich diese Entwicklung fortgesetzt. Sie ist mittlerweile soweit vorangeschritten, daß die CDU/CSU nur noch in 14 von 90 großstädtischen Wahlkreisen stimmstärkste Partei ist. Dem unterschiedlichen Wahlverhalten von Stadt und Land kommt vor allem im Hinblick auf die Wahlreformdiskussion besondere Bedeutung zu. Der verfestigte Gegensatz von Stadt und Land dürfte ein wesentliches Faktum sein, das gegen die Einführung der relativen Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen in der Bundesrepublik spricht⁴⁵⁾.

Bei der Bundestagswahl von 1969 hat in 35 Wahlkreisen ein Wechsel des Mandates zwischen den beiden großen Parteien stattgefunden, wobei die Sozialdemokraten in 34 Wahlkreisen das Direktmandat neu gewinnen konnten und nur einen Wahlkreis an die Union verloren. Trotz dieses recht erheblichen Man-

Tabelle XVI: Wahlkreise, in denen eine Partei über 50 Prozent der Stimmen (Zweitstimmen) erhielt: 1949—1969

	CDU/ CSU	SPD	zusammen	in % der Wahlkreise
1949	27	1	28	11,6
1953	114	1	115	47,5
1957	127	5	132	53,4
1961	84	11	95	38,8
1965	99	32	131	52,9
1969	82	54	136	54,9

⁴⁵⁾ Das gegensätzliche Wahlverhalten von Stadt und Land steht damit jedoch keineswegs auch der Einführung eines mehrheitsbildenden Wahlsystems, wie etwa dem Dreierwahlsystem, entgegen, dessen Vorzug gegenüber der relativen Mehrheitswahl u. a. darin besteht, daß auch in Hochburgen die zweitstärkste Partei die Chance auf einen Mandatsgewinn hat und somit die „Verödung“ bestimmter Regionen verhindert wird.

datswechsels⁴⁶⁾ besteht auch nach dieser Wahl in der überwiegenden Zahl der Wahlkreise eine ähnlich ausgeprägte Hochburgensituation, wie sie bei der Gegenüberstellung von Stadt und Land deutlich geworden ist. Der Angleichungsprozeß der beiden großen Parteien auf Bundesebene seit 1961 hat keineswegs dazu geführt, daß sich zugleich auch die Zahl der Wahlkreise mit unsicheren Mehrheitsverhältnissen stetig erhöht hat. In aller Regel kann man dabei alle die Wahlkreise als sichere Wahlkreise ansehen, in denen die stimmstärkste Partei einen Vorsprung von etwa zehn von Hundert der Stimmen erreicht hat. In solchen Wahlkreisen dürfte bei der nächsten Wahl kein Mandatswechsel eintreten, sofern diese nicht unter ganz außergewöhnlichen politischen Voraussetzungen stattfindet.

Diese „Faustregel“ wurde auch bei dieser Wahl grundsätzlich bestätigt. So betrug der stärkste Verlust der CDU 9,6 v. H. der Zweitstimmen, während die SPD einen maximalen Gewinn von 10,2 v. H. erzielte. Nur in drei der 34 Wahlkreise, die die Unionsparteien an die

⁴⁶⁾ Bei der Wahl von 1965 fand nur in 25 Wahlkreisen ein Mandatswechsel statt.

Sozialdemokraten verloren, war die Differenz der Erststimmen bei der Wahl von 1969 größer als zehn von Hundert; sie betrug in zehn

Tabelle XVII: Stimmenvorsprung der Parteien in den Wahlkreisen (Zweitstimmen) 1957—1969

	unter 5 %	über 5 %	über 10 %
1957	39	31	154
1961	49	47	144
1965	43	50	155
1969	37	49	160

Tabelle XVIII: Stimmenvorsprung, aufgeschlüsselt nach den Parteien CDU/CSU und SPD, in den Wahlkreisen (Zweitstimmen) 1957—1969

	unter 5 %		über 5 %		über 10 %	
	CDU/ CSU	SPD	CDU/ CSU	SPD	CDU/ CSU	SPD
1957	19	20	19	12	143	11
1961	26	23	19	28	104	40
1965	24	19	18	32	110	45
1969	17	20	23	26	85	75

Tabelle XIX: Abstand der Parteien nach Erststimmen in den Wahlkreisen 1961—1969

Vorsprung in %	1961		1965		1969	
	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU	SPD
unter 1	8	4	3	4	1	4
1—2	5	8	7	5	3 (1) *)	4
2—5	14	11	12	9	7 (1)	14
5—10	20	28	16	27	21 (1)	26
10—15	14	23	20	26	18 (4)	30
15—20	9	10	18	14	14 (3)	18
20—25	} 35	6	37	9	11 (2)	15
25—30					14 (6)	11
30—40	22	1	18	—	20 (9)	5
über 40	30	—	19	—	12 (7)	—

Anmerkung: *) in Klammern = davon CSU

Wahlkreisen über fünf, in 21 Wahlkreisen unter fünf Prozent der Erststimmen. Wie Tabelle XVII zeigt, ist die Zahl der Wahlkreise mit einem Vorsprung von über zehn von Hundert der Zweitstimmen im Vergleich zu den vorangegangenen Bundestagswahlen keineswegs zurückgegangenen, sondern hat sich geringfügig erhöht. Dies beruht zum einen darauf, daß die CDU/CSU — wenn auch nicht mehr in dem Ausmaß wie bei früheren Wahlen — auch 1969 die überwiegende Mehrzahl ihrer Wahlkreise mit einem übergroßen Stimmenüberschuß gewonnen hat und die SPD in diesen vornehmlich bayerischen und baden-württembergischen Wahlkreisen nur minimale Stimmengewinne erzielte. Zum anderen aber konnten die Sozialdemokraten nicht nur 34 Wahlkreise neu gewinnen, es gelang ihnen zugleich auch, ihren Stimmenvorsprung in den bereits bei früheren Wahlen gewonnenen Wahlkreisen erheblich zu vergrößern. Die Zahl ihrer Wahlkreise mit einem Erststimmenüberschuß von weniger als zehn von Hundert hat sich dadurch gegenüber 1965 nur um drei erhöht, so daß nach der Wahl von 1969 von den 127 sozialdemokratischen Wahlkreisen 79 (61,4 v. H.) als sichere Wahlkreise angesehen werden können, während es 1965 nur 49 (54,5

v. H.) waren. Die Stimmengewinne der SPD haben also nur in geringem Maße dazu beigetragen, die Hochburgenbildung in der Bundesrepublik abzubauen. Die Stimmentwicklung in den Wahlkreisen hat vielmehr bewirkt, daß nun auch die SPD über annähernd so viele sichere Wahlkreise verfügt wie die CDU/CSU.

Die Wahlkreisergebnisse spiegeln somit in gewisser Weise die ausgeprägten regionalen Unterschiede wider, wobei als weiteres Element noch der Gegensatz von Stadt und Land hinzutritt. Diesen Entwicklungen im Wahlverhalten der Bundesrepublik kommt besondere Bedeutung zu vor allem im Hinblick auf die Frage, ob und inwieweit die Bundestagswahl von 1969 einen weiteren Schritt auf dem Wege zu einem funktionsfähigen Zweiparteiensystem darstellt, das bei jeder Wahl die Möglichkeit des Regierungswechsels offen läßt. Eine ausschließlich auf wahlstatistischem Material basierende Interpretation des Wahlergebnisses kann diese Frage nicht zureichend beantworten. Hierzu bedarf es der weiterführenden Analysen der Wahlsoziologie über die Wechselwählerschaft und das Wahlverhalten der einzelnen Bevölkerungsschichten, deren Ergebnisse gerade für diese Bundestagswahl von 1969 von besonderem Interesse sein werden.